## Konjunkturumschwung in Amerika

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Der amerikanische Kapitalismus hat während des Krieges Europa nicht nur mit Waffen und Munition versorgt, sondern auch die kolonialen Absatzmärkte der europäischen Industrie an sich gerissen. Die Produktionsmittel wurden während des Krieges infolge Ueberlastung durch Tag- und Nachtschichten zwar enorm mitgenommen, aber Industrie und Landwirtschaft ernteten goldene Reichtümer.

Das Ende des Krieges war für das amerikanische Kapital auch das Ende der goldenen Ernte. Die Lieferungen nach Europa hörten auf, die kolonialen Absatzgebiete gingen z. T. wieder an das tiefvalutarische Europa verloren und die Furcht vor der Revolution in Europa raubte dem amerikanischen Kapitalismus den Unternehmungsgeist. Mehr als zwei Jahre wütete in Amerika die Industriekrise. Amerika hatte die größte Arbeitslosenziffer. Erst als das amerikanische Kapital sah, daß der Jahzorn des europäischen Proletariats sich gelegt hatte, und daß die russische Revolution liquidiert und das deutsche Proletariat niedergeschlagen war, kam ihm wieder die Lust zu neuen Unternehmungen. Seit 1921 hat das amerikanische Kapital einen einzigartig in der Weltgeschichte dastehenden Aufschwung gehabt. An diesem Aufschwung hat sich das Spießbürgertum aller Welt voll neuer Hoffnung begeistert, die deutsche Sozialdemokratie sah schon im Geiste einen neuen Aufschwung des Weltkapitalismus und das deutsche Proletariat, soweit es einst revolutionär eingestellt war, verlor den Glauben an die Revolution. Wir haben wiederholt ausführlich dargelegt, daß die amerikanische Konjunktur nur eine Scheinkonjunktur ist.

Der Aufstieg des amerikanischen Kapitalismus war nur ein künstlicher. Das Wesen des werdenden Kapitalismus ist Konzentration durch Akkumulation infolge Expansion. Der Kapitalismus wächst nur über seine jeweilige Entwicklungsstufe und Produktionsbasis hinaus, solange er Profite zum Kapital anhäufen kann, die er von auswärtigen Absatzmärkten hereinbekommt, um dadurch die Produktionsmittel zu vervollkommnen, die Produktion zu steigern, neue Absatzmärkte zu erobern. Alles das fehlt dem Weltkapitalismus, infolgedessen auch dem amerikanischen. Die Zeit, da sich der amerikanische Kapitalismus „aus sich" heraus vergrößern konnte, d. h. daß er sich entwickeln konnte durch Menschen- und Kapitalimport und Urbarmachung von Oedländereien, Niederlegung von Wäldern, Kanalisierung und Industrialisierung, war in ihrer großen Linie bereits 1895 abgeschlossen. Seitdem verlangsamte sich das Tempo und in demselben Maße mußte der amerikanische Kapitalismus an der Jagd nach Absatzmärkten teilnehmen. Beide Möglichkeiten waren der amerikanischen Entwicklung der Nachkriegszeit nicht mehr in genügendem Maße offen. Die Absatzmärkte, welche das amerikanische Kapital in der Nachkriegszeit eroberte, gingen europäischen Industriestaaten verloren. In demselben Maße als Amerika europäische Waren verdrängte, legte es Industrie still, zerstörte die Kaufkraft und beraubte sich des Absatzgebietes. Im Weltmaßstab gesehen, geht die Zerstörung der Kaufkraft durch Lohnsenkung und Ausschaltung von Proletariern aus dem Produktionsprozeß in ansteigender Linie vor sich. So sicher als der Kapitalismus bei Strafe seines Unterganges seinen Lohnsklaven die Löhne nich relativ erhöhen kann, so sicher geht diese Entwicklung weiter bis in den Abgrund, wo der Kapitalismus das Proletariat erdrückt und darauf selbst zum Teufel geht. Die Geschichtsepoche des Kapitalismus ist abgelaufen und der amerikanische ist davon nicht ausgenommen, wenn er auch der lebenskräftigste ist. Es kommt nun darauf an, ob das Proletariat den Totentanz bis zu Ende mitmacht und sich selbst das Grab schaufelt. Einstweilen beginnt auch der amerikanische Kapitalismus seine rückläufige Bewegung infolge Erlöschens der Kaufkraft des europäischen Proletariats.

Seit 1921 hat der amerikanische Kapitalismus gelebt von den Kriegsgewinnen. Die während und in den ersten 2 Jahren nach dem Kriege zerstörten industriellen und landwirtschaftlichen Produktions- und Transportmittel wurden in großzügiger Weise erneut und verbessert. Der Staat hat Bauten und den Bau von Eisenbahnen wie des rollenden Materials in sehr großem Maßstabe vornehmen lassen, Stauwerke gebaut und Wasserfälle für die Elektrifizierung, wie Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen errichtet. Die Autoindustrie ist zu nie gesehnter Höhe gediehen und hat das Pferd ausgeschaltet. Die amerikanische Industrie steht technisch auf der denkbar höchsten Höhe. Nur das Wesentlichste fehlt: Der Absatz! Und der Absatz geht in demselben Maße zurück, jemehr der Bedarf und der Hunger der Proletarier steigt. Und je mehr dem Kapitalismus der Absatz, die Profite fehlen, desto mehr muß er die Produktion einschränken, die Löhne kürzen, um Profite zu machen, desto mehr entzieht er sich den Boden unter den Füßen.

Bisher gelang es dem amerikanischen Proletariat, alle Angriffe auf seine Löhne, d. h. direkte Lohnherabsetzungen abzuschlagen. Es war Hochkonjunktur und Arbeitermangel. Die Preise stiegen aber mehr als die Löhne und so wurde doch an der Zerstörung der Kaufkraft gearbeitet. Der Kapitalismus in seiner höchsten Entwicklung muß aber naturnotwendig die Widersprüche schaffen, die Nägel zu seinem Sarge sind. Daß die Hochkonjunktur in Amerika den Höhepunkt überschritten hat, geht daraus hervor, daß die Preisbewegung zum Stillstand gekommen ist, resp. zum Teil Preisreduktionen stattgefunden haben, trotz steigender Löhne. Diese Merkmale sind ein sicheres Barometerzeichen, daß eine Ueberproduktion vorhanden und eine Absatzkrise im Anzug ist. Denn nicht nur die Industrie- sondern auch die Agrarprodukte bleiben stabil, resp. wurden zum Teil herabgesetzt, trotzdem die Löhne zur Saison stiegen. Die Hauptursache dieser Erscheinungen ist selbstverständlich die Zerstörung der Kaufkraft des europäischen Proletariats. Die Bautenkonjunktur aus der eigenen Entwicklung aber ist schon länger abgeschlossen.

Wir wollen diese Merkmale im Auge behalten. Wir ziehen unsere Schlüsse nicht nur aus den jetzt sichtbar werdenden Zeichen, sondern haben sie vorausgesagt, als der Beschäftigungsgrad rapid wuchs und die neun Millionen arbeitsloser Proletarier nach und nach in den Produktionsprozeß kamen. Noch steht das amerikanische Kapital den Himmel voller Geigen und mit ihm alle in Europa, welche die Revolution fürchten, weil die Industrie noch voll beschäftigt ist. Im Unterbewußtsein dämmert es auch schon dem amerikanischen Kapital. Hat man sich bisher gegen Lohnerhöhungen weniger gesträubt, so wird man jetzt schon hartnäckiger. Nachdem einige kleinere Industriezweige Lohnerhöhungen ableichten und es z. T. zum Kampfe kommen ließen, zeigen sich jetzt auch die Bergwerksmagnaten störrisch. Bei den Grubensklaven gährt es mächtig und die Presse meldet schon, daß die „radikalen Elemente starken Anhang gewinnen". Die Kohlenausfuhr ist in den letzten Monaten infolge der Ruhrbesetzung rapid gestiegen und das amerikanische Grubenkapital sieht das Ende nahen und sich der Einnahmequelle beraubt. Amerika fordert von Deutschland 479 064 313 Dollars (oder rund 6 Billionen Goldmark, oder rund 15 Billionen Papiermark) Kriegsentschädigung, hat aber noch keine Miene gemacht, sie zu erlangen, da ihm mit Industrieprodukten mehr geschadet als genützt würde. Wohl wird der amerikanische Kapitalismus alles versuchen, sich gegen den europäischen zu behaupten. Dadurch wird aber keine Kaufkraft geschaffen, sondern zerstört und der Kapitalismus als System untergraben.

## Die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien

(Schluß.)

Wie schon im vorigen Artikel gesagt wurde, sind die Anarchosyndikalisten auf der Bahn des bürgerlichen Liberalismus angelangt. Daher ist es auch gar nicht zu verwundern, daß sie die Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien anerkennen. Im Grunde genommen bestehen zwischen ihnen keine Gegensätze mehr, denn der dem linken Flügel der liberalen Partei angehörende Bourgeois wird stets als noch in weiter Ferne liegendes Ziel die Aufhebung des Privatbesitzes und die Einführung des Sozialismus gutheißen, ja sogar das den spanischen Anarchosyndikalisten so teure System des anarchistischen Kommunismus. — Weiter unterstreichen die Sydikalisten stets ihre unpolitische und sogar antipolitische Einstellung. Das in Madrid von dem Liberalen Rodrigo Solano redigierte Presseorgan der republikanischen Partei war während langer Zeit auch das Organ des spanischen Syndikalismus. Solano selbst, einer der kompromittiertesten bürgerlichen Politiker Spaniens, unterhielt mit den bekanntesten Syndikalisten die freundschaftlichsten Beziehungen. Ein anderer Republikaner, der sich weniger kompromittierte Barlobere, fand lange Zeit große Sympathie bei den Führern des Syndikalismus. Das Organ der Nationalen Arbeitskonföderation in Valencia „Solidarität obrera", räumte seinen Artikeln stets die erste Seite ein, während die Arbeiten von Genossen, die den Standpunkt der Führer nicht teilten, abgelehnt wurden.

Die Arbeiter wollen natürlich von allen diesen politischen Manövern nichts wissen. Als auf der in Saragossa abgehaltenen Konferenz eine zweideutige Resolution über die Bereitwilligkeit der Nationalen Konföderation zu nationaler Politik beschlossen wurde, kam es in der Mitgliedschaft zu aufgeregten Szenen. Der Landesausschuß versuchte in seinen offiziellen Erklärungen, die durch die Reden der Führer bekräftigt wurden, nachzuweisen, daß es sich nicht um Parlamentspolitik handele, gleichzeitig aber setzte er seine Propaganda für ein Zusammenarbeiten mit den liberalen bürgerlichen Parteien fort.

Pazifismus, Ablehnung des Klassenkampfes, Arbeitsgemeinschaft mit den liberalen Parteien, das sind die wesentlichsten Züge des zeitgenössischen Anarchosyndikalismus in Spanien. Eine seiner weiteren Weisheiten gipfelt in der Anschauung, die Massen seien für die Revolution nicht vorbereitet, daher müsse vor allen Dingen das Proletariat aufgeklärt werden. Nicht Gewalt, nicht Sturz der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Schulen und Bibliotheken. „Es gibt nichts leichteres", sagte Segui in Valencia, „als durch Agitation Erregung in die Arbeitermassen zu tragen. Was aber dann weiter? Wenn wir nicht vorbereitet sind, und das sind wir zur Zeit leider noch nicht, so können solche Methoden nur zu negativen Resultaten führen. Nur durch die Macht des Wissens entwickeln sich die einzelnen Individuen und die Völker, und erreichen die höchste Stufe der Geschichte". Quentanilla, einer der klügsten Vertreter des spanischen Syndikalismus, sagte auf einem Meeting in Gigione: „Die soziale Revolution wird erst verwirklicht werden können, wenn die zur Zeit bestehende Gesellschaft ihre Mission erfüllt hat und die technische und allgemeine Wissenschaft auf unserer Seite stehen wird. Ohne diesen Prozeß, der ebenso den Naturzesetzen unterworfen ist wie die embryoale Entwicklung, wird die Revolution nur zum Chaos, zu Elend und Verzweiflung führen." — — —

Inzwischen aber wird Spanien von einer katastrophalen wirtschaftlichen Krise geschüttelt, die einen Riesenumfang anzunehmen droht; sie hat bereits die Arbeitermassen zermürbt und einer klaren Orientierung beraubt. Die Führer der Syndikalisten lassen sie im Stich, sie sind aus der Bahn des Klassenkampfes geschleudert, daher finden sie keinen Ausweg aus der jetzigen Lage. In ihrem eisenen Lande fordern sie Aufhebung der Steuer für die Massen, gesundere Wohnungsverhältnisse, Herabsetzung der Mieten und Errichtung von — Laboratorien zur Prüfung der Lebensmittel.

In bezug auf die internationalen Beziehungen sind sie Anhänger der Berliner Internationale (Syndikalisten). Ebenso gut könnten sie auch zu Amsterdam gehören. Segui ist jetzt auf eine neue Idee gekommen, er tritt jetzt für die Schaffung einer vierten Gewerkschafts-Internationale ein, nämlich für die „Lateinische Internationale".

Mit einem Wort: Der spanische Anarchosyndikalismus ist augenblicklich nicht in der Lage, auch nur ein Problem der Arbeiterbewegung zu lösen. Die Arbeiter sind sich indessen noch nicht bewußt. Daher ist es auch erklärlich, daß die Arbeiter nun mit großer Mühe den apatischen Zustand abschütteln können. Die Unzufriedenheit wächst unter der Arbeiterschaft gegen die Führer. Anstatt diese Organisationen zu verlassen und sich neue Kampfesorganisationen zu schaffen, ist es beim alten geblieben. Die syndikalistische Gewerkschaftsbewegung war eine Kampforganisation gewesen, heute ist sie als solche erledigt. Innerhalb der Nationalen Arbeitskonföderation haben sich nun nach Moskauer Muster-Zellen gebildet (Revolutionäre Syndikalistenkomitees) die sich der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen haben. Wie Stin in der „Roten Gewerkschafts-Internationale" berichtet, richten diese den Kampf gegen „die reformistischen Führer", welche beseitigt werden sollen. Also ganz nach dem Muster wie wir es in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erleben. Den Proletariern werden neue Illusionen eingetrichtert. Ihnen aber kann nur helfen, der Zusammenschluß in proletarischen Kampfesorganisationen, die Zertrümmerung der alten Gewerkschaften, der revolutionäre, unversöhnliche Klassenkampf.

**Alle sozialistische, kommunistische und schöngeistige Literatur**
besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.

## Mitteilungen

**Groß-Berlin.**
**Kombinierte Mitgliederversammlung**
**Mittwoch, den 6. Juni 1923, abends 7 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.**

**Aus der Jugendbewegung.**

**Kommunistische Arbeiter-Jugend Charlottenburg.**

Die letzte Mitgliederversammlung beschloß mit größerer Intensivität an die Arbeit zu gehen. Jeden Mittwoch finden im Jugendheim, Wallstraße 76, abends 7.30 Uhr, Vorträge statt, wozu jeder junge Arbeiter und Arbeiterin eingeladen ist. Folgende Vorträge finden statt: Am

Mittwoch, den 6. Juni: Die proletarische Kultur und Sportbewegungen und ihr Wert für den Klassenkampf.

Mittwoch, den 13. Juni: Max Hölz-Abend.

Mittwoch, den 20. Juni: Die geschichtlichen Ursachen und die Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Mittwoch, den 27. Juni: Die Entwicklungsgeschichte in der Tier- und Pflanzenwelt (Entwicklungstheorie von Darwin).

Jeden Dienstag finden bei dem Obmann Funktionärabende statt. Jeder Genosse hat für pünktliches Erscheinen und rege Propaganda Sorge zu tragen.

**Kommunistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Norden.**
Zusammenkunft jeden Mittwoch, abends um 8 Uhr, in der 225. Schule, Böttgerstr. 17.

Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Vortrag: „Die kapitalistische Weltwirtschaft."

•

**Groß-Hamburg.**

**Nächste Versammlungen:**

**Bezirk Barmbeck:** An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wittkopp, Wohlsdorfer Str. 33: 5. Juni, 19. Juni, 3. Juli.

**Bezirk Hammerbrook:** An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wendehalle, Wendenstraße 72: 28. Juni.

**Literatur und Kaz.** stets zu haben: Gustav Lanfeldt, Barmbeck, Käthnerort 54, I.

•

**Warnung!**

Wir bringen den Genossen zur Kenntnis, daß das Mitglied Volkmann, wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern sowie Bestehlung von Genossen aus der AAU. Zella-Mehlis ausgeschlossen ist. Wir warnen vor Aufnahme desselben.

**AAU. und KAPD. Zella-Mehlis.**

•

**Pressefonds.**

Von Hartmann, Zittau 10 000; von Wallner, Nürnberg 2400; von K. A. Wilmersdorf 2500; von E. R. (16. Unterbez.) 2000; von Schwarz, Cöpenick 3000; R. Sch., Tegel 2000; von 2. B.O.-Bezirk 20 000; von John, Willi Chemnitz 1700 Mark.

## Unterstützt eure Presse!
## Genossen!

**Die neue Teuerungswelle geht auch an uns nicht vorüber, trotzdem es uns nicht immer möglich ist, sofort auch nur die allernötigsten Unkosten durch entsprechende Erhöhung wettzumachen.**

**Dazu kommt noch die mangelnde Abrechnung einzelner Bezirke. All dies vergrößert sofort unsere finanziellen Schwierigkeiten ins Ungeheure. Unser Ruf an unsere Mitglieder und Leser, pünktlich abzurechnen; dieselbe Pünktlichkeit walten zu lassen, wie dies — selbst unter den schwierigsten Umständen Umständen — in bezug auf die Lieferung der „KAZ." der Fall ist, muß zur Selbstverständlichkeit werden!**

**Um im laufenden Monat nicht in unüberwindliche Schwierigkeiten zu geraten, appellieren wir an unsere Leser, die „KAZ." durch freiwillige Beiträge zu unterstützen.**

## Sammelt für den Pressefonds!

**Bestellschein:**

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

**„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"**

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

**Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200,— Durch die Post für die erste Juni-Hälfte 1400,—**

Name: .....

Ort: ..... Str. ..... Nr. .....

Quergeb.: ..... Hinterh.: ..... Vorderh.: .....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offener Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Lieto, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Idelmann, Berlin O 17

4. Jahrg. Nr. 43 — Preis 300 Mk.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200 Mk. Einzel-Exemplare erste Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 1400 Mark. Nach dem übrigen Ausland 2000 Mark monatlich.

## Streiks und Hungerrevolten im ganzen Reich

Die Hungerepidemie, die im Ruhrgebiet zuerst zu einem Aufblühen der Lohnsklaven führte, greift jetzt immer mehr in das unbesetzte Gebiet über. Ganz sonderbar — wo doch an der Ruhr nach den Meldungen der kapitalistischen Presse die Franzosen die eigentlichen Urheber sein sollen. Aber so groß und umfassend auch die ausbrechenden Rebellionen sind: Kraft und Zielklarheit wohnt ihnen nicht inne. Im „roten Sachsen" vollends demonstriert die Bourgeoisie noch mit — ohne daß die Proletarier den lustigen Hohn merken. Wir geben folgende Meldungen wieder:

### Leipzig.

**WTB. Leipzig, 4. Juni.** Im Anschluß an Demonstrationen von Erwerbslosen im Palmengarten und auf dem Reichsgerichtsplatz ist es heute zu Tumulten gekommen, nachdem eine Deputation der Erwerbslosen beim Rat der Stadt wegen der Erhöhung der Unterstützungssätze vorstellig geworden war. Dann gingen die Demonstranten zum Teil auseinander. Rest derselben versammelten sich auf den Straßen einige Trupps. Gegen 2 Uhr nachmittags bewegte sich ein Zug von Demonstranten um die äußere Promenade zum Augustusplatz nach dem Kaffee Felsche. Die Veranda wurde zerstört und die Tische und Stühle wurden in die großen Spiegelscheiben geworfen. Die anwesenden Gäste konnten rechtzeitig flüchten, so daß Verletzungen von Personen nicht vorgekommen sind. Später rückte ein starkes Polizeiaufgebot an, welches das Café absperrte. Auch an anderen Stellen der Stadt machten sich einzelne Trupps von Erwerbslosen bemerkbar, namentlich in der Peters- und Grimmaischen Straße. Vor dem Modehaus Steckner kam es zu einem Zusammenstoß mit Zivilisten, wobei ein Herr Verletzungen davontrug. Auch im Kaffee Ziegler, an der Promenade, richteten die Erwerbslosen Schaden an. Sämtliche Geschäfte im Petrawanderviertel am Brühl sind am Nachmittag geschlossen. Vor den größeren Lokalen der äußeren Stadt waren Posten des proletarischen Selbstschutzes; die Polizei ist in Alarmbereitschaft, da man eine Wiederholung der Tumulte am Abend befürchtet.

### Bielefeld.

**Bielefeld, 4. Juni. (WTB.)** Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei fordern gemeinsam mit anderen Organisationen in einem Aufruf für heute nachmittag zu einer Demonstration gegen Wucher und Schieberei auf.

**Bielefeld, 4. Juni. (WTB.)** Aus Anlaß der heute stattfindenden Beerdigung der beiden Opfer der Erwerbslosendemonstrationen vom vergangenen Donnerstag hat Oberbürgermeister Rüdiger einen Aufruf erlassen, worin Behörde und Aufruf erklären, in dem sie die heute an der Beerdigung nachmittag zu gleichem Anlaß in Aussicht genommenen Demonstrationen ablehnen und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt alle Lokale (Geschäfte und Gaststätten) von 2 Uhr ab bis einschließlich früh geschlossen zu halten. Der Ausschank und die Verabreichung alkoholischer Getränke ist für die gleiche Zeit ebenfalls verboten und Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mark und Haft bis zu 14 Tagen geahndet. Die Oberbürgermeister Rüdiger hat in einem Schreiben an den Deutschen Gewerkschaftsbund [illegible] Verbot aufgehoben.

### Dortmund.

**Dortmund, 4. Juni. (WTB.)** Wie die Arbeiterschaft mitteilt, ist in Dortmund der Streik bereits 14 Tage eingetreten und noch immer nicht beendet. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, mit der gemeinsamen Ortsleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes und des Christlichen Verbandes in Verhandlungen zu treten. Die Gewerkschaftsorganisation in Berlin gewandt, wo im Beisein eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums heute Verhandlungen stattfinden sollen.

### Ludwigshafen.

**Ludwigshafen, 4. Juni. (WTB.)** Die hiesigen Buchdruckereibesitzer sind an die Verleger mit dem Verlangen einer Zulage herangetreten. Die Verleger haben darauf erklärt, ohne Verbindung mit den Rauchheimer Betrieben nicht verhandeln zu können, haben jedoch den Arbeitern einen Vorschuß auf die kommende Lohnerhöhung zugesagt. Die Arbeiter haben dieses Angebot abgelehnt, so daß die „Pfälzische Rundschau", der „General-Anzeiger" und die „Neue Pfälzische Landeszeitung" nicht erscheinen konnten.

### Nürnberg.

In Feucht bei Nürnberg überfielen Polizei und Hakenkreuz eine Arbeiterversammlung. Die „Rote Fahne" und auch der „Vorwärts" melden darüber:

Gerichtsassessor Dr. Nürnberg-Fürth hatte auf Anraf der Reichsflagge eine Hundertschaft nach Feucht bestellt. Ohne sich über die Verhältnisse näher zu orientieren, ohne sich zu überzeugen, ob die Ordnung in irgendeiner Weise gestört würde, kommandierte der Führer der Hundertschaft: „Die Reichsflagge (Faszistische Organisation) erledigt den Hof!" — drang selbst mit seinen Mannschaften in den im innersten Stock gelegenen Versammlungsraum ein.

**„Hände hoch!" und ein mörderisches Feuer unter die dichte Versammlung war das Werk eines Augenblicks.**

Die Arbeiter versuchten zu flüchten, wurden aber roh zurückgestoßen und mit Gummiknüppeln bearbeitet. Einige sprangen aus den Fenstern, wurden von Sipo und Reichsflagge gemeinsam traktiert. — Resultat dieses Vorgehens waren ein Toter, mehrere Schwer- und Leichtverletzte. — Mit „Hände hoch!" wurden die Versammlungsbesucher in den Hof getrieben, einzeln auf Waffen untersucht und namentlich festgestellt. Reichsflagge und Sipo arbeiteten zusammen.

### Oberschlesien.

**WTB. Beuthen, 5. Juni.** In oberschlesischen Industriegebiet kam es infolgedessen zu einer Teuerungswelle zu Streiks unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern. Die Belegschaften von acht Großbetrieben stehen bereits geschlossen im Ausstand, darunter die Preußengrube, die Hohenzollerngrube, der Johannaschacht, Grube Neuhoff, die Heinitzgrube, die neue Viktorialgrube, die Julienhütte und die Karstenzentrumsgrube. Die Belegschaft der Castellengrube streikt zum Teil.

•

Es steht außer Zweifel, daß die kommenden Wochen und Monate die Leiden des Proletariats ins maßlose steigern müssen. Schon jetzt haben Gewerkschaftsbürokraten und „proletarische" Hundertschaften alle Hände voll zu tun, um überall die Glutherde auszutreten, trotzdem die Funken allerorts unter der Oberfläche glimmen und der Brand in jedem Moment hell auflodern kann, wenn — was jetzt in immer schlimmerer Maße eintritt — Gewerkschaften und Partei dem Proletariat nichts weiter mehr zu bieten haben, als leere Phrasen und Kugeln.

Man täusche sich jedoch nicht. Das deutsche Proletariat taumelt wie ein Blinder in eine neue Katastrophe hinein in gleichem Schritt und Tritt mit seinen Hintmännern. Die Bourgeoisie demonstriert gemeinsam mit dem Proletariat, dieweil der „proletarische Selbstschutz" gemeinsam mit der Schupo die aufgeklärten Reichsfunker höhnisch bewachen. Die Erwerbslosen werden so vollkommen äußert, zur Verzweiflung getrieben, und niedergemetzelt. Die Front zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird vollkommen verwischt, und die Erkenntnis von den unlösbaren Aufgaben des Proletariats vollkommen ausgerottet. Die Folge kann natürlich nur sein, daß das Proletariat, das in Sumpf und Morast unterirrt und an ruinösen und Fuges in seine Stadt gelenkt ist, diese Arbeitsunwirtschaft mit weiteren Tausenden Opfern seiner Klasse bezahlen muß, wenn es nicht rechtzeitig erwacht.

In wilder Hast rennt die Arbeiterklasse den sich anhäufenden und phantastische sich erhöhenden Löhnen nach. Bald wird es in Deutschland nur noch Millionäre geben — aber das Proletariat, das trotz diesem Trugbilde nicht um eine Entschädigung herumkommen. Es wird trotzdem angesichts des Zusammenbruches der kapitalistischen Wirtschaft wählen müssen zwischen Leben und Tod, zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Und das revolutionäre Proletariat darf keinen Augenblick zögern, mit aller Kraft und Energie und unerbittlich und ohne jede Sentimentalität der deutschen Arbeiterklasse in die Ohren zu schreien: Die proletarische Revolution fordert ein Geschieht, daß sich mit Abscheu abwendet von den Predigern der Knechtseeligkeit, deren Radikalismus sich erschöpft im „Kampf um ein Stück Brot". Die proletarische Revolution fordert Proletarier und keine lamentierenden Knechte. Sie fordert die Vollbringung des von der Geschichte gestellten notwendigen Aufgaben, fordert Klassenkampf und Klassensolidarität im Kampf. Nur dann wird es vorwärts gehen, und die politische Atmosphäre von dem Schlamm gereinigt werden, in dem sich wohl alle Minister und alle es werden wollen wohl fühlen, wie die Made im Speck. In dem jedoch das Proletariat — wenn es diesen Weg beharrlich fortsetzt — ersticken muß.

## Die Auflösung Deutschlands

II.

Wenn wir nun festgestelt haben, daß von außen dem deutschen Kapital keine Hilfe kommt, so bleibt noch zu untersuchen, ob das deutsche Kapital willens und imstande ist, den französischen Reparationsforderungen gerecht zu werden. Dazu ist es notwendig, auf die innere kapitalistische Entwicklung einzugehen.

Im wesentlichen zerfällt das deutsche Kapital in vier Interessentengruppen: erstens, das schwerindustrielle Kapital unter Führung von Stinnes. Zweitens, die AEG.-Gruppe, die jetzt durch den Direktor Felix Deutsch vertreten wird. Drittens das Schiffahrtskapital, das augenblicklich durch Cuno die Regierungsgewalt ausübt, und viertens, das landwirtschaftliche Kapital. Für die Erfüllungs-Politik scheidet letzteres von vornherein aus. Ein Absatz seiner Produkte ist ihm innerhalb Deutschlands gesichert. Es hat nicht das geringste Interesse an einer Erfüllungspolitik. Die Bestrebungen des landwirtschaftlichen Kapitals gehen dahin, sich von den industriellen Gebieten loszulösen, und sich selbständig landwirtschaftliche Gebiete zu schaffen, wie z. B. Bayern, Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen usw., die mehr oder weniger verstreckt auf eine wirtschaftliche Loslösung vom Deutschen Reiche ausgehen.

Als das Reich zusammenhaltende Faktoren, die für Erfüllungspolitik eintreten, kommen nur das AEG.-Kapital, das sehr stark von Finanzkapital durchsetzt ist, und das Reederkapital in Frage. Die Schiffahrtsgruppe ist am stärksten an der Erhaltung der deutschen Wirtschaft interessiert, da nur bei Erhaltung der deutschen Wirtschaft der deutsche Handel über die deutschen Häfen gehen würde. Mit der Einverleibung Rheinland-Westfalens in die französische Wirtschaft, würde der größte Teil der Ausfuhr über französische und belgische Häfen gehen. Die AEG.-Gruppe ist deshalb an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands interessiert, da sie ihren hauptsächlichen Sitz in Berlin und Umgebung hat und in bezug auf Lieferung von Rohstoff- und Halbfabrikaten sehr stark vom jetzigen besetzten Gebiet abhängig ist. Das Kräfteverhältnis der so verschiedenartig wirtschaftlich interessierten Gruppen ist jedoch folgendes: 65 Prozent entfällt auf das schwerindustrielle Kapital und nur 35 Prozent auf die übrigen Kapitalgruppen.

Bei dieser Kräfteverteilung ist es dem Industriekapital sehr leicht möglich, eine Erfüllungspolitik nach Strich und Faden zu sabotieren. Da die beiden anderen Gruppen von sich aus allein nicht die für eine Erfüllungspolitik notwendigen Gewalten aufbringen können. Es sei daran erinnert, daß das Kapital unter der Epoche Wirth-Rathenau durchaus — nach außen hin — Erfüllungspolitik betrieben hat, während das Industriekapital, wie die Konferenzen von London und Spaa zeigten, eine Sabotage der Erfüllungspolitik betrieben hat. Diese Sabotage äußert sich besonders in dem scharfen Druck, den die Industrie auf die ständige Markentwertung ausübt. Das Ende dieser Sabotage war, daß heute die gesamten deutschen politischen Parteien, einschließlich der sogenannten Arbeiterparteien in die Sabotage der Erfüllungspolitik eingeschlossen haben. Etwas anderes als die vollendete und bewußte Tat umgesetzte Formulierung einer Sabotage der Erfüllungspolitik ist die sogenannte Abwehrfront ja nicht. Für diese Sabotage tritt die SPD. in gleichem Maße ein wie die KPD. und die Deutschnationale Volkspartei. Unterschiede bestehen nur in der Methoden, in dem erstere eine solche mit Verständigungsmöglichkeiten befürworten. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften es sind, die am stärksten die Abwehr gegen den französischen Imperialismus betont haben, zeigt schon genug, daß es sich hier um eine Form der Sabotage der Erfüllungspolitik handelt. In der die Gewerkschaften mit dem deutschen Kapital konform gehen. Das Drängen der deutschen Sozialdemokratie findet seine geschichtliche Parallele in dem Drängen der Sozialdemokratie auf den Wilson-Frieden Ende des Krieges. Man hat damals die nationale Front ebenfalls bis zum äußersten organisiert, und trotzdem eine Verständigung auf Wilsonscher Grundlage angestrebt, weil das deutsche Kleinbürgertum sich gegen die antidemokratische kapitalistische Entwicklung strikte. Genau so nehmen heute die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften eine Erhaltung der „Nation" und der Möglichkeit einer Verständigung mit dem französischen Kapital.

In derselben Linie liegt das Industrieangebot. Es ist ebenfalls der Ausdruck der schärfsten Sabotage einer Erfüllungspolitik. Das Ententekapital fordert 2 bis 2½ Milliarden Goldmark jährlicher Leistung von Deutschland. Das Industrie-

kapital bietet für sich großmütig 200 Millionen, Landwirtschaft und städtischer Grundbesitz 300 Millionen. Die übrigen hat man gar nicht gefragt. Es bietet 200 Millionen, trotzdem es bedeutend stärker als mit 40 Prozent an den deutschen Sachwerten beteiligt ist, und glaubte, daß die bis über die Ohren verschuldete Republik die restlichen 1500 Millionen durch die Steuergroschen der Proletarier erpressen könne. Wir haben heute ein Reichsdefizit von 18¾ Billionen Papiermark. Anfang Januar betrug das Reichsdefizit 1⅓ Billionen. Eine sehr klare Entwicklung. In demselben Maßstabe ist der Papiergeldumlauf gestiegen. Man muß sich vollkommen klar darüber sein, daß das deutsche Reich ein von dem deutschen Kapital abhängiges Unternehmen ist, und den Rest von 15 Millionen Goldmark nicht aufbringen kann. Die Reserven der Republik, die vor der Ruhraktion zirka eine Milliarde in Gold und zirka 400 Millionen Goldmark in Devisen waren, sind auf ca. 800 Millionen Goldmark herabgewirtschaftet. Diese offiziellen Statistiken zeigen, daß das Kapital dem Reich bereits ein Drittel seines Schatzes abknöpfte. Dafür verlangt das deutsche Kapital vollkommen Ausbeutungsfreiheit. Unter anderem neben der Aufhebung des Achtstundentages, völliger Abschaffung der Zwangswirtschaft, Aufhebung der Außenhandelskontrolle durch Aufhebung der Ausfuhrabgabe, — allein ein Geschenk von 150 Millionen — völlige Freigabe des Devisenhandels. Alles für 50 Millionen. Das wäre das beste Geschäft nach dem Ruhrgeschäft, das das deutsche Kapital machen würde. Daß die Stützung der Ruhraktion, die von der Sozialdemokratie und KPD. auf das eifrigste befürwortet wurden, das glänzendste Geschäft des deutschen Kapitals seit der Revolution war, bestreitet heute wohl niemand mehr. Wenn die Sozialdemokraten jetzt noch auf eine Stützungsaktion drängen, so würde dies eine weitere Ersparnis an Beamtengehältern und Erwerbslosenunterstützung bedeuten, eine Ersparnis für das Kapital in schärfstem Maße, dem dann die letzten Devisen in die Tasche fließen würden. Man müßte die Kerdite erhöhen, und auf diese Weise die bisherige Politik festsetzen.

Das deutsche Industriekapital in seiner Mehrheit hat nur dann ein Interesse an der Erhaltung der Unversehrtheit Deutschlands, wenn ihm bessere wirtschaftliche Möglichkeiten geboten werden, als beim Uebergang in die französische Wirtschaft! Eine solche Möglichkeit ist nur gegeben, wenn die Reparationsforderungen des französischen Kapitals sehr niedrig sein würden; wenn also die Belastung Deutschlands mit Schulden nominal wäre. Dies ist aus dem Grunde nicht möglich, weil zwei Milliarden Goldmark, absolut genommen, der niedrigste Betrag sind, den das Ententekapital vom deutschen Kapital verlangen muß. Zwei Milliarden sind der Betrag der von der Entente für die Verzinsung der alliierten Schulden jährlich geleistet werden muß. Allein das englische Kapital hat nach dem letzten Abkommen ca. 720 Millionen Goldmark jährlich an Amerika zu leisten. Dieselbe Summe hat das französische Kapital an England zu zahlen. Diese zwei Milliarden stehen also fest. Wenn nun jedes nationale Kapital sich schon entschließt, die bedeutende innere Verschuldung für die inneren Anleihen selbst zu tragen; so ist das das äußerste. Es wird doch nicht soweit gehen, daß es als Frucht des Sieges aus eigener Tasche noch Leistungen an Amerika zahlt, und das deutsche Kapital der Gewinner des Weltkrieges bleibt. So dämlich können das Entente-Kapital nur die deutschen Demokraten einschätzen. Es wird darauf bestehen müssen, denn es will sich nicht selbst die Existenzmöglichkeit untergraben. Es besteht keine Aussicht, das das deutsche Kapital irgendein Interesse an der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft hat. Es ist dies auch äußerlich schon in sehr scharfer Weise zum Ausdruck kommen.

(Schluß folgt.)

# Politische Rundschau

## Frankreichs Ostpolitik

### Die Schuld und Sühne russischer Politik

Auch Polen hat seine „Ruhraktion". Beharrlich dringt das französische Kapital immer weiter in die polnische Wirtschaft ein. Die „Linksparteien", in erster Linie die Sozialdemkratie, warnen, die französichen Kapitalisten auf wirtschaftlichem Gebiete allzu große Konzessionen zu machen. Dieser Sozialdemokratie, die einst in nationalistischem Taumel den französischen Militarismus anhimmelte und seine Einnistung mit allen nur denkbaren Mitteln förderte, als das revolutionäre Proletariat in Rußland einige Macht besaß, und auch das deutsche Proletariat Miene machte, dem Kapitalismus zu Leibe zu gehen. Damals war auch das oberschlesische Industrieproletariat und die Proletarier der anderen polnischen Industriezentren in Wallung und waren dem Grubenkapital, den Pleß, Donnersmarck, Schaffgotsch usw. gefährlich. Damals setzte die polnische Sozialdemokratie, in Koalition mit dem Bürgertum, alle Hebel in Bewegung, der revolutionären Welle die Spitze umzubiegen und sie in nationalistische Bahnen zu lenken, gegen den deutschen „Feind". Das Werkzeug war der französische Militarismus.

Die Daszinsky und Konsorten, die sich einst als Marxisten gebärdeten, wußten sehr genau, daß das französische Kapital seine Militärmaschine nicht ihrer schönen Augen wegen nach Polen sandte, sondern wegen der Erz-, Kohlen- und Petroleumgruben als Lohn für die Verhinderung der Revolution. Wie die Noskesozialisten in Deutschland heute gegen ihre einstigen Eideshelfer, die monarchistischen Hakenkreuzler, sich ihrer Pfründen erwehren müssen, so wird in Polen das französische Kapital den polnischen Sozialdemokraten bedrohlich. Der „Robotnik", das sozialdemokratische Blatt in Warschau schrieb kürzlich, daß Polen auf das Niveau einer französischen Kolonie herabsinke, wenn das französische Kapital weiter unbeschränkt schalten und walten darf, und Polen ihm sozusagen verkauft wird. Diese Einsicht kam erst, als der polnische Militarismus selbst stark genug war, das polnische Proletariat in Schach zu halten, als dieses merkte, daß man so lange Schindluder mit ihm getrieben hatte. Das französische Kapital beherrscht drei Viertel der polnischen Kohlenproduktion und in der Erz-, Eisen- und Petroleum-Industrie liegt die Sache ähnlich. Vor kurzem wies der Abgeordnete Stanczyk in der sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza" darauf hin, daß die Raubwirtschaft in den Gruben sich erschrecklich vermehre. Es seien Fälle zu verzeichnen, daß 50 Prozent der Kohle, deren Förderung größeren Aufwand erfordern würde, für immer unter der Erde bleiben, und dem Lande verloren gehen. Das Arbeitssystem beruhe einzig darauf, daß in kürzester Zeit auf billigste Weise so viel Kohle wie irgend möglich aus der Erde gefördert wird, ohne Rücksicht darauf, wieviel Bergleute dabei ihr Leben verlieren und der polnische Staat Vermögen einbüßt. Diese Leute, die einst Sozialisten waren und sich noch heute als solche gebärden, wissen selbstverständlich, daß dies immer der einzige Grundsatz des Kapitalismus war und daß Kapitalismus ohne diese Methoden überhaupt nicht denkbar ist.

Aber selbst diese von der Sozialdemokratie vorgeschobenen Motive sind nicht die Ursachen ihrer Auflehnung gegen den französischen Kapitalismus. Wie jetzt bekannt wird, hat die Sosnowicer A.-G. für Grubenbetrieb, die sich in französischen Händen befindet, eine gerichtliche Entscheidung über die Stilllegung der kleineren Grubenverwaltungen verlangt. Diese Gruben gehören vielen kleinen Kapitalisten und diese verhandeln seit langer Zeit (wie erst jetzt bekannt wird) mit den französischen Kapitalisten über die Stillegung. Erst als man sich über den Preis nicht einig wurde, entdeckt die Sozialdemokratie ihr arbeiterfreundliches Herz und läuft mit dem Kleinkapital gegen das große französische Sturm, weil dadurch 20 000 Arbeiter arbeitslos würden. Die kleinen Gruben, hauptsächlich im Dombrowaer Revier arbeiten noch nach mittelalterlichen Methoden. Die Lohn-, Lebens- und Wohnungsverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Von den „Wohnungs"-Verhältnissen kann sich tatsächlich nur der einen Begriff machen, der sie selbst sah. Die Sozialdemokratie, die Hauptschuldige, daß das französische Kapital ins Land kam, hat sich nie um die Beseitigung dieser Mißstände gekümmert. Sie tritt auch jetzt nicht im Parlament dafür ein, daß das französische Kapital die Betriebe modern gestaltet und die Arbeiter der kleinen Betriebe aufnimmt, sondern sie versieht ausschließlich die Aufrechterhaltung der mörderlichen altertümlichen Kleinbetriebe.

Der französische Kapitalismus gebärdet sich aber auch hier als Kulturbringer und nützt die Gärung unter den Arbeitern gegen ihr unmenschliches Los für seine Ziele. Die polnischen Proletarier sehen noch nicht, daß die illegale oberschlesische „Ruhrhilfe" des französischen Kapitals sie einst nicht minder treffen wird, als die Peitsche der polnischen Schlachzizen in der Vergangenheit. Die französische Hochfinanz arbeitet planmäßig und mit großen Mitteln auf die Industrialisierung Polens hin. Ein großer Schwarm Ingenieure und Techniker durchdringt immer weitere Teile der Industriebezirke. Das Ziel ist, die veraltete polnische Industrie abzubauen, und eine neue an deren Stelle zu setzen. Das französische Kapital treibt hier Zukunftspolitik. Die der Kohle und Rohstoffe beraubte Industrie des verbleibenden deutschen Restgebietes, nach der internationalen Vertrustung der deutschen Ruhrkohle und des französischen Erzes, wird einst glatt ausgeschaltet werden von der modernen französischen Industrie in Polen. Ein an die erbärmlichsten Lebensverhältnisse gewohntes Proletariat, das für die rohe Arbeit des Grubenbetriebes und der Schwerindustrie immerhin geeignet und anzulernen ist, steht dem französischen Kapitalismus in unerschöpflichem Ausmaße zur Verfügung. (Eine moderne Großindustrie, die keineswegs die Absatzgebiete erweitern kann, wird selbstverständlich nicht mehr, sondern weniger Arbeiter gebrauchen.) Auch die zerrüttete Tschechoslowakei wird von dieser Industrie leicht ausgeschaltet werden können.

In Polen schmiedet das französische Kapital seine Waffen gegen den englischen Industrie-Imperialismus. Das deutsche Proletariat kommt dabei so ganz nebenbei unter den Schlitten. Die Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, in erster Linie Agrarland, werden das besser überstehen. Nach der wirtschaftlichen Abtrennung der Ruhrkohle, hat dann das französische Kapital den russischen Koloß direkt an der Gurgel. Die neue Industrie wird hauptsächlich das englische Kapital im nahen, und noch mehr im fernen Osten, im Orient treffen. Das französische Kapital rechnet damit, daß die englisch-amerikanische Politik ihm seine Vasallen in Osteuropa abjagen wird. Die wirtschaftliche Beherrschung wird sich das französische Kapital daher durch seine Polenpolitik sichern. Für das deutsche Proletariat bedeutet diese Politik eine direkte Lebensgefahr. Dieser französische Industrieimperialismus ist das direkte Werk des deutschen Proletariats. Seine Gewerkschaften haben durch ihre Erfüllungspolitik zuerst den französischen Kapitalismus aufgebaut, dann durch die Reparationslieferungen den Militarismus geschaffen und beide stießen imperialistisch nach Osten vor. Durch dieses Werk hat das deutsche Proletariat sich durch seine „Klassenkampforganisationen" selbst den Strick gedreht. Die größte Schuld trifft auch hier die KPD. durch ihre Gewerkschaftspolitik. Hier wirkt sich die kurzsichtige opportunistische Politik der dritten Internationale aus. Sie hatte wohl die Absicht durch die Erhaltung der Gewerkschaften den Kapitalismus in Deutschland zu erhalten, um den Kapitalismus in Rußland aufzubauen. Damit war ihr Weitblick erschöpft. Diese Politik kehrt sich jetzt gegen Rußland selbst. Nach der Einigung des deutschen und französischen Kapitals hat Frankreich Rußland an der Kandare, und wird rücksichtslos die durch den Zarismus eingegangenen Schulden herauspressen. Frankreich kann durch Sperrung der Lieferungen die russische Industrie glatt erdrosseln. Und es hat auch kein Interesse, in dieser einen Konkurrenten hochkommen zu lassen. Als Absatzgebiet für die französisch-polnische Industrie käme Rußland seiner erschöpften Kaufkraft wegen nicht in Frage. Im Gegenteil, die russische Industrie müßte Absatzgebiete im Ausland suchen und Frankreich Konkurrenz machen. Durch die Erfüllungspolitik, richtiger durch die Erhaltung der Gewerkschaften und damit des Kapitalismus, hat sich nicht nur das deutsche Proletariat das Grab geschaufelt, auch Rußland hat dasselbe getan durch seine dritte Internationale. Wenn das deutsche Proletariat nicht aufsteht und in dieses fertige Grab den Kapitalismus stößt, wird es noch schwere Täuschungen und Niederlagen erleiden.

# Der gehemmte Fortschritt und der geförderte Rückschritt

Piesicke, weest Du eigentlich, wat die beeden Kerls mit die Pferde uff die Schloßrampe vorstellen sollen? — Na, Mensch, det is doch janz einfach; det eene is der gehemmte Fortschritt und det andere is der geförderte Rückschritt.

In der Revolution haben immerhin einige Dinge und Begriffe ihren Platz gewechselt. Das „Schloß" ist jetzt auch einer anderen Bestimmung zugeführt worden, und darum haben die beiden, wie der Berliner Volkwitz meinte, „symbolischen Puppen" eigentlich auch keine Berechtigung mehr, dort zu stehen. Man braucht aber darum nicht um einen neuen Standort für die beiden Figuren verlegen zu sein. Sie könnten mit keiner geringeren Berechtigung, als sie vor dem königlichen Schloß standen, jetzt vor dem Gebäude der Zentrale der KPD. in der Rosenthaler Straße stehen. Sie würden dort dekorativ vielleicht weniger wirksam, aber sonst ganz an ihrem Platze sein. Denn was sich diese Partei jetzt an Bremsversuchen der notwendigen Entwicklung leistet, geht ins aschgraue.

Die Sonntagsnummer der „Roten Fahne" enthält wieder einen sogenannten „grundsätzlichen" Artikel zur Taktik der Kommunistischen Partei in der jetzigen Situation, der sich besonders dadurch auszeichnet, daß von den Grundsätzen des Kommunismus in ihm keine Spur mehr nachzuweisen ist. Aber dieser Artikel ist bestimmt, die notwendigen „theoretischen Unterlagen" für die augenblickliche Taktik der KPD. den wenigen Mitgliedern der KPD. gegenüber zu liefern, die noch nicht durch die Fülle ihrer Aufgaben in Kontrollausschüssen, Hundertschaften, Laubenkolonistenvereinen und dergl. mehr so in Anspruch genommen sind, daß ihnen beim besten Willen keine Zeit zum Denken mehr bleibt. — Der Artikel gesteht offen zu, daß es „der zielklaren und besonnenen Haltung der Kommunistischen Partei im Ruhrgebiet zu danken war", daß der passive Widerstand der deutschen Bourgeoisie im Ruhrgebiet sich so lange halten konnte. Denn „die kapitulierende Bourgeoisie, die VSPD. — und Gewerkschaftsbürokraten möchten den schmählichen Zusammenbruch ihrer Politik durch einen niedergeschlagenen Kommunistenaufstand vertuschen. **Das wird ihnen nicht gelingen. Die Partei wird überall, wie im Ruhrgebiet verstehen, die Kampfkraft der Bewegungen, die aus der entsetzlichen Teuerung überall im Reiche aufflackern werden, nicht zu überschätzen."** Gewiß, eine Hungerrevolte ist keine Revolution. Wir haben es in diesen Spalten mehr wie einmal gesagt, daß, so lange es für die Massen der Arbeiter immer noch nur um das „Stückchen Brot" geht, um dieses Ziel, für das sie die KPD. immer und immer wieder zum „Kampf" aufgerufen hat, an eine siegreiche proletarische Revolution nicht zu denken ist. Aber aus Hungerrevolten kann eine Revolution entstehen — wie auch die große französische Revolution mit Hungerrevolten ihren Anfang nahm. Das aus diesen Revolten eine Revolution wird, erfordert freilich, daß die Massen eine Führung finden, die sie nicht systematisch von der proletarischen Revolution fortlockt, sondern die ihrem unklaren revolutionären Gefühl die einzige radikale Lösung, ja, die einzig mögliche Lösung der wirtschaftlichen Anarchie, in der wir leben, aufzeigt. Die KPD. aber setzt in der jetzigen Situation frisch und vergnügt, die alte Entlarvungstaktik, die sie den Gewerkschaften und der SPD. gegenüber schon so lange mit negativen Erfolg angewendet hat. Hören wir was der Artikelschreiber der „Roten Fahne" hierzu zu sagen hat:

„Die Taktik der Kommunistischen Partei muß so sein, daß die kapitulierende Bourgeoisie offen die volle Verantwortung für den Vaterlandsverrat, für die Kapitulation, für die Stinnesierung, für den Zusammenbruch der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik tragen muß. Wenn dann die von der Schwerindustrie zur Niederschlagung der Kommunisten gezüchteten Faszistenbanden gegen die Regierung losschlagen, die die Verantwortung für die Kapitulation trägt, dann wird es der Kommunistischen Partei möglich sein, die Führung des Abwehrkampfes gegen den Faszismus, gegen die Stinnesierung Deutschlands, die Führung der kämpfenden proletarischen Einheitsfront in ihre Hände zu nehmen. Diese Bewegung, des sind wir gewiß, wird dann die Kraft haben, die Arbeiterregierung aus einer Forderung zur Tatsache zu machen. In diesen Kämpfen werden die bewaffneten Faszistenbanden unterliegen und die von der bewaffneten Arbeiterklasse gestützte Arbeiterregierung wird durch Erfassung der Sachwerte, durch ein Bündnis mit Sowjet-Rußland den Weg frei machen zur Rettung der deutschen werktätigen Massen vor dem Untergang, zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft."

Alos wenn die Garden des Großkapitals doch, trotz aller guten Dienste, die die „Proletarischen Hundertschaften" der Polizei leisten, trotzdem diese Schutzgarde der KPD. alle Revolten „unorganisierter, hungriger Elemente" niederschlägt, gegen die Arbeiterschaft mit dem weißen Terror losgelassen werden, dann wird die KPD. unter ihrer bewährten Führung dafür sorgen, daß auf diesen weißen Terror nicht der rote Terror folgt. Dann übernimmt die KPD. die Rolle, die 1918 mit so viel Geschick von der Sozialdemokratie gespielt wurde: Die Rolle des Volkbetrügers und Gauners, der dem siegreichen Proletariat freundlich lächelnd die Früchte seines Sieges abgaunert, um damit die Futterkrippe seiner Funktionäre in der „Arbeiterregierung" zu füllen. Wir haben diese Entwicklung der KPD. mehr als einmal vorausgesagt. Und es ist eigentlich weiter nichts verwunderlich, als die Schamlosigkeit, mit der jetzt dieses Ziel in dem Organ, das sich zu Unrecht der Namen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs als seiner Ahnen rühmt, zugegeben wird. Aber die KPD. ist sich der Erfolge ihrer konterrevolutionären Erziehungsarbeit wohl schon so sicher, daß sie weiß, sich auch diese Schamlosigkeit vor ihren Mitgliedern ungestraft erlauben zu dürfen.

# Das russische Brot

Schon während der Ruhraktion ist viel von dem „revolutionären" russischen Brot die Rede gewesen. Die deutschen Arbeiter, die die damit verbundene widerliche Propaganda noch bejubelt haben und noch bejubeln, hätten eigentlich alle Veranlassung, den amerikanischen Quäkern für ihre Unterstützung der deutschen Revolution ihren wärmsten Dank auszusprechen. Auf diesen Gedanken sind sie wohl deswegen noch nicht gekommen, weil die in den Knochen sitzende Götzenanbetung das Denken überhaupt ausschaltete. Es wäre sonst ein leichtes, zu erkennen, daß, trotzdem die Tätigkeit der amerikanischen Quäker keine Hilfe für das Proletariat ist, und auch gar nicht sein will, viel sympatischer ist als die des russischen. Sie verbinden mit ihrer Milch- und Semmelverteilung keine verlogene Propaganda und verpflichten zu nichts. Und trotzdem es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, und im kapitalistischen System die arbeitenden Klassen sich nur noch retten können, wenn sie durch die Tat den Kapitalismus selbst stürzen, liegt gar kein Grund vor, die im Dienste dieser Quäkergesellschaft stehenden Menschen in Grund und Boden zu verdammen. Sie hat mit Klassenkampf nichts zu tun, und verknüpft ihr Brot nicht mit Politik. Sie appellieren auch nicht an die Dummheit der Proletarier.

Ganz anders ist dies mit dem russischen. Wer die Reden über das russische Brot gelesen, wer nach den Berichten der Russen selbst nur einen oberflächlichen Ueberschlag macht über den für die Brotverteilung aufgezogenen Apparat, der muß finden, daß mindestens auf jedes Brot zwei von denen kommen, die auf irgendeine Weise von russischen Geldern leben. Ursprünglich hat man gar nicht damit gerechnet, daß die deutsche Regierung ihre Hilfe für den Transport bereitstellen würde. Man hat schon die Parole ausgegeben: „Erzwingung der Einfuhrbewilligung von der Regierung." Damit ist man kläglich hereingefallen. Um nun nicht vollständig der Lächerlichkeit zu verfallen, hat man, als die Regierung dies ohne weiteres erlaubte, einige tausend „russische Brote" geschickt. Ein ganzes Heer von Literaten, Betriebsräten, Parlamentariern, Referenten, hat man auf die Beine gebracht, um jeden die Geschichte von dem russischen Brot in die Ohren zu schreien. Wenn man für die Summen, die für Propaganda ausgeworfen wurden, Brot an Ort und Stelle gekauft hätte, so hätte man mindestens das zehnfache von dem bekommen, was man verteilt hatte. Aber darauf kam es eben gar nicht an.

**Reklamationen wegen verspäteter Zustellung oder nicht empfangener Nummern der Kaz. sind nicht an den Verlag, sondern an das Bestellpostamt zu richten. Dasselbe ist zur kostenfreien Nachlieferung „verloren" gegangener Nummern verpflichtet.**

Brot und Anreißer gehörten zu dem Propaganda-Apparat Rußlands für eine ganz bestimmte Politik. Das ist das wesentlichste an der ganzen Geschichte.

In der „Roten Fahne" vom 30. Mai hat ein gewisser Oehring die wahre „Bedeutung" des russischen Getreideexports gewürdigt. Nach ihm gibt es keine Hungersnot mehr. Es ist alles in Butter. Rußland beginnt wieder als Exportland für Getreide auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Russisches Getreide kommt wieder in wachsendem Maße auf den europäischen Markt. Und, schreibt der Herr dann zum Schluß: „So erwächst von Rußland eine „neue Gefahr" für die agrarischen und industriellen Ausbeuter. Vielleicht werden sie zu verhindern suchen, daß Rußland, das den Ruhrarbeitern Brot spendete, **jetzt allen Arbeitern billiges Brot bringen kann.** Vielleicht werden sie versuchen, das russische Brot fernzuhalten, eine Zollblockade einzuführen und so ihren eigenen Wucherprofit zu schützen. **Die Arbeiter dürfen es nicht zulassen, daß der deutsche Kapitalist ihnen das Brot wegnimmt und dann das russische Brot fernzuhalten versucht."**

Wir wollen ganz von dem Stumpfsinn absehen, daß das russische Brot eine „Gefahr" für die deutschen Ausbeuter wäre, wo doch gerade der dumme Hinweis, daß das deutsche Proletariat nicht etwa durch Revolution, sondern durch russisches Brot sich befreien könnte, die einzig mögliche Hilfe für die Ausbeuter ist. Wir wollen den deutschen Proletariern zeigen, welchen realen Ursachen die russische Menschenfreundlichkeit entspringt, und welch erbärmliche Mittel der „Sowjetregierung und ihren Trabanten" gerade gut genug sind, um die Proletarier zu irretieren über die wirkliche Rolle, die sie gegenüber dem Proletariat spielen.

Nicht deshalb, weil in Rußland ein Ueberschuß an Brot und Getreide in dem Sinne vorhanden ist, daß die Proletarier wenigstens davon genug hätten, sucht die „Sowjetregierung" Brot auszuführen, sondern deswegen, weil die Proletarier in den Städten das Brot nicht kaufen können. Das kapitalistische System zeitigt in Rußland die tollsten Blüten. Trotzdem noch Millionen hungern und verhungern, — oder gerade deswegen, weil sie verhungern — geht der Absatz an Brot zurück. Hungernde können nicht mehr kaufen. Die russische „Rey" befindet sich in einer Krise, die den Krisen des Frühkapitalismus sehr verwandt ist, und die gerade durch die gegenseitige Wechselwirkung von Industrie und Landwirtschaft charakterisiert ist. Wir haben schon in Nr. 37 der „Kaz." darüber berichtet. Die „Deutsche Bergwerkszeitung", das wirtschaftliche Organ des Herrn Stinnes schreibt darüber:

1. **„Die Tatsache einer beginnenden Krisis im Absatz der landwirtschaftlichen Produkte,** wie auch der Erzeugnisse der Industrie steht außer Zweifel — mit diesen Worten wird ein Artikel in Nr. 31 der Ekonoimtsch. Shisn, des offiziellen Organs des **„Rates für Arbeit und Verteidigung"**, vom 7. März 1923 eingeleitet. Diese Krisis ist, nach Rechnung der Sowjet-Oekonomiker, die dritte seit dem Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik (die erste fiel auf den April-März, die zweite auf den Oktober-November 1922). Diese sonderbare Rechnung kann angefochten werden; es gibt genügend Gründe für die Behauptung, daß sie allzu optimistisch ist und daß die wirkliche Lage der Sowjetindustrie am besten durch die Worte „chronische Depression" zu bezeichnen ist.

Will man die Gründe für die chronische oder ständig sich wiederholende Absatzkrisis zu erforschen suchen, so bietet äußerst interessantes Material eine Reihe von Antworten der Syndikate und Trusts auf eine spezielle Rundfrage, die der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanoff ergehen ließ.

Das Ledersyndikat stellt Schwierigkeiten im Absatz eines Teils der Schuhzeug-Produktion fest. Die Schwierigkeiten dauern vor allem im **Absatz des Schuhwerks für die Zivilbevölkerung** und der Sattler-Erzeugnisse an. **Die Nachfrage ist wegen mangelnder Geldmittel bei der Bevölkerung stark zurückgegangen.** Weiterhin weist das Ledersyndikat darauf hin, daß infolge des Mangels an genügenden Umsatzkapitalien und dank dem Anwachsen der von den Militärbehörden für obligatorische staatliche Bestellungen geschuldeten Beträge, der dem Syndikat in den Kreditinstitutionen gewährte Kredit vollkommen ungenügend ist. Außerdem stellt sich der Bankkredit sehr kostspielig. Die unvorhergesehenen Erhöhungen der Eisenbahntarife und der Abgaben verursachen **sprunghafte Steigerungen der Preise** und verhindern die Stabilisierung des Marktes. Dadurch wird es unmöglich gemacht, feste Kalkulierungen vorzunehmen und Geschäfte für längere Zeit im voraus abzuschließen.

2. Unter Absatzschwierigkeiten leidet auch das „Borkombinat" (Vereinigung der Fabriken feuerfester Tonwaren in Borowitsch), und zwar seit Ende Dezember, da die Eisenbahnen, die Schwerindustrie, die Kriegsindustrie, das Marineamt, sowie die chemische und Textilindustrie mangels genügender Mittel **ihre Bestellungen sehr eingeschränkt oder sogar ganz eingeschränkt haben.** Tatsächlich weisen die Lager des „Borkombinat" einen Zweimonatsvorrat als unverkauft auf. Die dem „Borkombinat" gewährten Kredite sind sehr gering. Die Höhe der Eisenbahntarife erschwert noch mehr den Absatz von feuerfesten Materialien die Industriebetriebe, da der Transport an den Bestimmungsort etwa auf 30 Prozent des Wertes der Materialien selbst zu stehen kommt. Als weitere Ursachen der Absatzkrisis nennt das „Borkombinat" **die Konkurrenz kleiner Unternehmungen,** die minderwertige Erzeugnisse, die den technischen Anforderungen nicht genügen, **zu billigeren Preisen auf den Markt werfen.**

Der Umsatz des Gummisyndikats ging im Laufe der Monate September-Dezember, auf Warenwert und Goldrubel umgerechnet, ständig zurück. Die Eisenbahntarife waren hierbei von geringer Bedeutung, da der Transport nur etwa zwei Prozent des Wertes der Waren kostete. Große Schwierigkeiten ergaben die Zustände im Transportwesen, die verspätete Lieferung der Waren an den Bestimmungsort, unter welcher besonders der Saisonhandel zu leiden hatte. Der Einfluß der Steuern ist dagegen sehr groß.

Der Umsatz des Streichholz-Syndikats hat, nach einer vorübergehenden Depression im Oktober, und teilweise im November-Dezember, nun wieder die Höhe des September-Umsatzes erreicht. Noch weist das Syndikat in seiner Antwort auf die Rundfrage darauf hin, daß sich im Januar Absatzschwierigkeiten ergeben haben, die auch im Februar und bis zum heutigen Tage andauerten. Das Angebot steht unverändert über der Nachfrage.

3. Sogar der in seiner Art fast einzig dastehende Betrieb in Rußland — die Fabrik „Elektrostahl", welche Werkzeugstahl und andere hochwertige Stahlsorten herstellt, — leidet unter Absatzschwierigkeiten. Allerdings waren diese vornehmlich im Oktober 1922 zu fühlen; jetzt treten sie, dank der Einschränkung der Produktion, weniger hervor. Doch übertrifft auch hier das Angebot die Nachfrage. Die Fabrikpreise sind höher, als die bei zufällig auf den Markt kommenden Warenposten.

Eine besonders interessante Antwort auf die Rundfrage gibt der „Gospromzwetmet" (der staatliche Industrie-Trust für farbige Metalle). Seinen Absatz beeinflussen die niedrigen Metallpreise. Da bisher immer noch die alten Vorräte auf den Markt kommen und von den staatlichen Betrieben in bedeutendem Umfange Metallbruch der verschiedensten Art in den Verbrauch gebracht wird, haben die Metallpreise bei einem geringen Bedarf lächerlich niedrige Preise erreicht. Der private Markt utilisiert die Metalle vermittelst Umarbeitung in den privaten, verpachteten Fabriken und erlaubt dem Trust nicht, seine Waren zum normalen Wiederbeschaffungspreise zu verkaufen. Das Verhältnis der Marktlage zu den Wiederbeschaffungspreisen entspricht 1 : 6.

Einer der Hauptgründe für die Absatzschwierigkeiten des Pharmazeutischen Trusts **ist die Konkurrenz der kleinen privaten pharmazeutischen Fabriken in der Provinz,** die ihre Erzeugnisse um 25 Prozent und mehr billiger als der Pharmazeutische Trust anbieten.

4. Der „Linotorg" (Flachshandel-Trust) deutet in seiner Antwort auf die Rundfrage an, daß die Absatzschwierigkeiten nicht nur in letzter Zeit, sondern während der ganzen Saison zu empfinden waren, da die Fabriken kein Geld zur Anschaffung von Flachs hatten. Bis zur zweiten Februarhälfte gewährten die Kreditinstitutionen dem Flachshandel keinen Kredit, nicht einmal durch Diskontierung der Wechsel, und erst von diesem Zeitpunkt an gelang es, Kredit gegen Warensicherung zu erhalten. Die vom Flachshandel angesetzten Preise hängen von den Marktpreisen des Flachses ab. Seit der zweiten Februarhälfte sind die Preise um 100 Prozent gestiegen, was weiterhin den Fabriken die Anschaffung von Flachsvorräten erschwert. Der Eisenbahntarif ist ein sehr wichtiger Faktor in der Festsetzung der Flachspreise, heute erreicht er 5 Prozent und müssen die Fabriken häufig die Zustellung des Flachses wegen der Entfernung und der hohen Transportkosten ablehnen.

Der Absatz desjenigen Produktionsteiles der „Gonsa" (Staatlicher Maschinenbau-Trust), der auf den privaten Markt kommt, stieß und stößt auch heute noch auf keinen besonderen Widerstand. Dagegen beklagt sich die Gonsa über das Ausbleiben von Staatsaufträgen, insbesondere von Aufträgen zur Wiederherstellung des Eisenbahnwagenparks und der Lokomotiven und zur Lieferung neuer Wagen. Die Bestellungen von Ersatzteilen erreichen nur 50 Prozent der im Projekt des Planwirtschaftsamtes festgesetzten Anzahl. **Der Absatz von Landwirtschaftsmaschinen ist sehr beschränkt, obwohl die Verkaufspreise weit hinter den Wiederbeschaffungspreisen zurückbleiben."**

Aus vorstehendem Material, das russischen amtlichen Quellen entstammt, geht klar und deutlich hervor, daß die staatlichen Monopole und Syndikate an den Verhältnissen scheitern. Ihre Erzeugnisse sind so teuer, daß sie in der Landwirtschaft keine Aufnahme finden. Die Bauern wiederum sind nicht in der Lage, diese so nötigen Maschinen zu kaufen. Die russische Regierung will nun mit „revolutionären" Mitteln beiden helfen. Sie will durch Herabsetzung der Löhne und durch Steigerung der Ausbeutung die Produktion verbilligen, kann aber nicht umhin, damit die Kaufkraft immer noch mehr zu vernichten, und für die landwirtschaftlichen Produkte den Absatz zu untergraben. Da in einem kapitalistischen Lande eben nicht das Bedürfnis, sondern Profitnotwendigkeiten den Ausschlag geben, geht die Regierung dazu über, das Brotgetreide auszuführen, um so die Bauern in die Lage zu versetzen, ihre Produktionsmittel zu erneuern. Die kleinen Bauern werden davon jedoch nur minderen oder gar keinen Gebrauch machen können. Es vollzieht sich auch hier der Prozeß der Entwurzelung derjenigen Elemente, die durch die weitere Entwicklung in die Abhängigkeit und Verschuldung an das Wucherkapital geraten und aufgesaugt werden. Die russische Regierung stützt sich — auf ihre lange Sicht — nicht auf die Kleinbauern, sondern auf den entstehenden und noch zum Teil vorhandenen Großgrundbesitz und die Großbourgeoisie auf dem Lande. Auf diese Weise schafft sich der Kapitalismus durch die Vertreibung der kleinen Bauern jene industrielle Reservearmee, die er braucht, um bei dem Proletariat

# Die II. Internationale

1914 bis 1918

Wenn man die sozialistische Presse der wichtigsten durch den Krieg bedrohten Länder am Vorabend des Kriegsausbruchs durchsieht, so schienen alle Arbeiterparteien sich einig zu sein im Willen, den Krieg durch einen energischen Widerstand gegen die imperialistischen Kräfte abzuwehren. In der am 29. und 30. Juli 1914 abgehaltenen Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros wurde nach Entgegennahme der Berichte der nationalen Sektionen einstimmig beschlossen, das Proletariat aller interessierten Nationen aufzufordern, seine Kundgebungen gegen den Krieg, für den Frieden und für die „schiedsrichterliche" Regelung des österreich-serbischen Konflikts mit noch mehr Nachdruck als bisher fortzusetzen. Die deutschen und die französischen Proletarier sollten auf ihre Regierungen einen Druck, viel energischer als bisher, ausüben, damit Deutschland auf Oesterreich einen „mäßigenden Einfluß" ausübe und Frankreich Rußland zur Nichteinmischung bewege. Die Proletarier Großbritanniens und Italiens sollten ihrerseits diese Anstrengungen mit allen Kräften unterstützen. Ein für den 9. August 1914 nach Paris dringendst einberufener internationaler sozialistischer Kongreß sollte diesem Friedenswillen des Weltproletariats Ausdruck geben. Gleichzeitig sprach das Internationale Sozialistische Büro (I. S. B.) dem russischen Proletariat seine Glückwünsche für seine revolutionäre Haltung aus und forderte es auf, in seinen heldenhaften Anstrengungen gegen den Zarismus fortzufahren, weil dies eine der wirksamsten Garantien gegen die Drohung des Weltkrieges bilde. Auf dem am 29. Juli 1914 in Brüssel abgehaltenen internationalen Meeting gegen den Krieg sprachen Haase, Jaurès, Vandervelde und andere Redner in demselben Sinne.

Schon am 1. August 1914, in der Aussprache zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Partei, wurde es klar, das die französische Parlamentsgruppe für die Kriegskredite stimmen würde, da sie die Auffassung vertrat, die französische Regierung habe alle getan, um den Krieg abzuwehren, und die Sozialisten hätten die Pflicht, dem von einer Invasion bedrohten „Vaterland" die Mittel zur Verteidigung zu geben. Auch in Deutschland fiel die Entscheidung der Partei und der Parlamentsfraktion zur selben Zeit in demselben Sinne aus. In der im Namen der Partei am 4. 8. 1914 abgegebenen Erklärung setzte der Parteivorsitzende Haase auseinander, daß sich angesichts der „Schrecknisse feindlicher Invasionen" die Partei entschlossen habe, wahr zu machen, was sie immer betont habe: „In der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche zu lassen!" Am selben Tage hatte die französische Parlamentsgruppe den von der Regierung vorgelegten Kriegsgesetzentwürfen debattelos und einstimmig zugestimmt.

Die Kreditbewilligung und das prinzipielle Bekenntnis zu der Pflicht „das Vaterland in der Stunde der Gefahr" mit allen Mitteln zu verteidigen, ist zur Richtlinie der Kriegspolitik aller Parteien der II. Internationale, mit Ausnahme einiger weniger — wie der russischen, serbischen, polnischen, italienischen — geworden. Die nächste praktische Folge der Stellungnahme war, daß in den Ländern, wo die Arbeiterparteien einen größeren Einfluß auf die Arbeiterklasse ausübten, und wo die Regierungen eine solche Entscheidung nicht scheuten, die Sozialisten zu der Teilnahme an der Regierung zugezogen wurden, so in Frankreich, wo die Sozialisten Anfang August 1914 die Beteiligung an der Regierung noch ablehnten, aber am 18. August 1914 nach den ersten Niederlagen der französischen Truppen Sembat und Guesde als Vertreter der Partei in die Regierung eintraten. Am 22. Mai 1915 trat ein neuer Vertreter der Partei, Albert Thomas, als Unterstaatssekretär in das Ministerium für das Munitionswesen ein, um etwas später Minister der Bewaffnung zu werden. Die Teilnahme der französischen Sozialisten an der bürgerlichen Regierung dauerte bis zum September 1917. In Belgien wurde sofort nach dem Eindringen der Deutschen in das Land, am 3. August 1914, ein Ministerium aus Vertretern aller Parteien gebildet. Vandervelde vertrat darin die Arbeiterpartei. In England hat die Arbeiterpartei ihren Widerstand nach dem ersten Tage aufgegeben; in der Abstimmung über die Kriegskredite enthielt sie sich der Stimme, in den nächsten Tagen nahm sie schon einen regen Anteil an der Militär-Werbungskampagne. Am 26. Mai 1915 traten im Auftrag der Partei Henderson, Brace und Roberts in das Koalitionsministerium ein, und bis August 1917 gewährte die Arbeiterpartei der Regierung ihre vorbehaltlose Unterstützung. —

Die Teilnahme an der Regierung war übrigens nur ein äußerer Ausdruck jener vorbehaltlosen Teilnahme an der „Vaterlandsverteidigung" und Kriegsführung, der sich die sozialdemokratischen Parteien fast aller kriegsführenden Länder befleißigt haben. Fast überall wurde sofort nach dem Kriegsausbruch der „Burgfrieden" oder „heilige Einigkeit" von den sozialdemokratischen Parteien und ebenso Gewerkschaften verkündet, überall suchten diese Parteien den Regierungen alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die infolge des Krieges und der durch denselben hervorgerufenen Unzufriedenheit der Volksmassen entstanden. Sie waren es, die die Massen dazu anfeuerten trotz aller Entbehrungen, Not, Elend und Unterdrückung alle ihre Kräfte in den Dienst des „Vaterlandes" zu stellen. Der internationale Charakter und die internationalen Verbindungen der Bewegung wurden vorwiegend dazu ausgenutzt, die Interessen des heimischen Imperialismus zu fördern, und die Führer der sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder verwandelten sich während des Weltkrieges in geheime diplomatische Agenten ihrer Regierungen. So war es sowohl in Frankreich, Belgien, England, wo die Sozialisten an der Regierung teilnahmen, als auch in Deutschland und Oesterreich, wo sie zu dieser „hohen Gunst" nicht zugelassen wurden; und schließlich auch in den neutralen Ländern, in Dänemark, Schweden, Holland usw., wo es die Bourgeoisie auch zum Teil als notwendig erachtete, die sozialistischen Führer zur Teilnahme an der Regierung heranzuziehen. (Stauning in Dänemark.) —

Unter diesen Bedingungen konnten alle Versuche, internationale Verbindungen zwischen verschiedenen Parteien der II. Internationale anzuknüpfen, kein positives Resultat zeitigen; sie verwandelten sich in Instrumente der Kriegspolitik der imperialistischen Regierungen. So trat am 14. Februar 1915 eine interalliierte sozialistische Konferenz in London zusammen, deren unverhüllter Zweck es war, den linken Flügel der englischen Arbeiterpartei dazu zu bewegen, seinen passiven Widerstand gegen den Krieg aufzugeben. In der in London gefaßten Resolution bekundeten die interalliierten Sozialisten ihren „unbeugsamen Willen, zu kämpfen, bis der Sieg das Werk der Befreiung vollziehen wird." In demselben Geiste wurden auch die später zusammengetretenen interalliierten Konferenzen (28. August 1917, 20. Februar 1918) gehalten; wenngleich der Einfluß der russischen Revolution sich auf diesen schon bemerkbar machte, hielten dennoch die interalliierten „Sozialisten" an ihrem Willen fest, alle ihre Kräfte in den Dienst des Ententeimperialismus zu stellen.

Aehnliches beobachtete man auf Seite der „Sozialisten" der Zentralmächte. Am 12. und 13. April 1915 traten die Vertreter, der deutschen, österreichischen und der ungarischen Parteien in Wien zusammen und nahmen Resolutionen an, welche ebenso wie die Resolutionen der interalliierten Sozialisten von internationaler Arbeiter-Solidarität und vom Willen des Proletariats, den Krieg möglichst schnell zu beendigen, sprachen. Und ähnlich, wie die Sozialisten der Ententeländer leisteten die Sozialisten des Vierverbandes nach wie vor ihren Regierungen ihre uneingeschränkte Unterstützung. Daß die „internationalen" Konferenzen der Neutralen (17. und 18. Januar 1915 in Kopenhagen, 31. Juli bis 2. August 1916 im Haag) unter diesen Umständen absolut bedeutungslos waren, liegt auf der Hand. Die russische Revolution im März 1917 gab den Anstoß zu neuen Versuchen, die II. Internationale wieder zum Leben zu erwecken. Diese Versuche dauerten vom April bis Juni 1917. Im Juni fanden Unterhandlungen zwischen dem Internationalen Sozialistischen Büro und den Vertretern der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie statt. Die beiden Parteien, die Sozialisten der Zentralmächte, und die Sozialdemokraten der Ententeländer, legten ihre Auffassung in Denkschriften nieder. Aber trotz aller Bemühungen der neutralen Sozialdemokraten, die beiden Parteien zusammenzubringen, hegten die Sozialisten Frankreichs und Englands keine große Sehnsucht danach, mit den „Feinden" persönlich zusammenzutreffen und zu unterhandeln. Die russischen Ereignisse waren stark genug, um eine Krise in den Reihen der englischen und französischen Sozialisten hervorzurufen; sie waren nicht stark genug, die II. Internationale wieder auferstehen zu lassen. Als die französische und englische Regierung sich der Reise ihrer „Sozialisten" widersetzten, und ihnen Pässe verweigerten, scheiterte die lang geplante „Stockholmer Konferenz" endgültig.

Die Oktoberrevolution 1917 hat in die Reihen der II. Internationale eine noch größere Verwirrung gebracht. Die Parteien der II. Internationale waren nicht imstande, sie anders als vom Standpunkt ihrer Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Kriegsoperationen zu betrachten. Die dritte interalliierte sozialistische und Arbeiterkonferenz, die im März 1918 in London zusammentrat, stand ganz in diesem Zeichen; ihre Friedensdenkschrift ebenso wie die Antwort, die auf diese die Sozialdemokraten der Zentralmächte ausgearbeitet hatten, trugen zu sichtbar das Gepräge der vorgehenden Kriegs- und Revolutionsereignisse, als daß sie eine wirkliche Verständigung bringen konnten. Dasselbe trifft auch in bezug auf die vierte interalliierte Konferenz im September 1918 zu, an der auch die amerikanische Arbeiterkonföderation teilgenommen hat. Da der antisozialistische Charakter dieser Organisation von ihren Führern ganz offen zur Schau getragen wurde, so kann man sich auch vorstellen, was für einen sozialistischen Charakter die Beratungen dieser interalliierten sozialistischen Konferenz hatten. —

(Ueber die revolutionäre Bewegung während des Krieges insbesondere die Sozialistischen Konferenzen von Zimmerwald und Kiental, soll in besonderem Artikel geschrieben werden.)

Literatur: Ganz besonders sei hier hingewiesen auf: „Prof. C. Grünberg: Die Internationale und der Weltkrieg" (Verlag Hirschfeld, Leipzig 1917). Dieses Buch enthält umfangreiches Originalmaterial über die gesamten internationalen sozialistischen Parteien und ihrer Stellung zum Kriege. — „Scheidemann: Der Zusammenbruch", Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921. — „Trotzki: Der Krieg und die Internationale", Bern 1914. — „Lenin-Sinowjew: Gegen den Strom", Verlag Hoym, Hamburg 1921. — Paul Louis: La Crise du Socialisme Mondial, Paris 1921.

in der Stadt den Preis der Ware Arbeitskraft besser drücken zu können.

Die Ausfuhr von russischem Brotgetreide heute, wo Tausende und Abertausende von russischen Industrieproletariern nicht das notwendigste zum Leben haben, findet ihre Parallele in der Zeit des englischen Frühkapitalismus. Damals wurden alle, die von ihrer Scholle vertrieben wurden, in den Städten jedoch nicht unterkamen, gebrandmarkt und aufgehängt. Sie waren im wahrsten Sinne das Wortes der Raben und der Geier Fraß. Das vielanzuzweifelnde russische Brot ist der klare und unzweideutige Beweis, daß die „Sowjetregierung" auch in dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung den Gesetzen dieser Entwicklung Rechnung tragen muß — und trägt. Der Stumpfsinn der deutschen Proletarier jedoch, der es ermöglichte, daß die Abgesandten Rußlands ihnen den mit der Ausfuhr des Brotgetreides verbundenen Massenhungertod in Rußland selbst als „Klassenkampf gegen ihre Ausbeuter" aufschwätzen lassen, ist der einzige Verbündete der russischen Regierung, auf den sie sich verlassen kann. Und dieser Stumpfsinn wird den deutschen Arbeitern noch zu ihrem Verhängnis werden, wenn sie nicht beizeiten begreifen, daß nur die proletarische Revolution auch sie retten kann vor dem vollständigen Versinken in die Barbarei. Jedes Brot, daß die deutschen Arbeiter entgegennehmen von der russischen Regierung bedeutet einen Stich ins Herz der russischen Proletarier. Jede Unterstützung dieser Schwindels bedeutet Selbstmord an der proletarischen Sache. Und nur die kühne, revolutionäre Tat des deutschen Proletariats wird in der Lage sein, die kapitalistischen Frontfesseln zu sprengen und dem Kommunismus zum Sieg zu verhelfen.

### Der National-Bolschewismus der KPD

Auf die französische KP. ist die deutsche Niederlassung der Firma Moskau besonders stolz. Der „Kampf der französischen Sektion soll den deutschen Proleten immer die Internationalität Moskaus im proletarischen Sinne vorzaubern. Die Methode ist stets die, daß man den deutschen Proletariern wohl die Phrasen, in denen der Nationalbolschewismus eingewickelt ist, serviert und umgekehrt, aber nicht den Kern. Im Schweigen ist ja die deutsche KP. besonders groß, man braucht nur das große Schweigen gegenüber den Geheimnissen der Regierung Cuno beobachten, um zu begreifen, daß sie dies ebenso gut kann, als das gedankenlose Brüllen. Ein großes Gebrüll stimmte vor kurzem auch die „Rote Fahne" wieder an, anläßlich der Kammerrede Cachins. Es ist jedoch nicht ganz unwesentlich, aus dem Original dieser Erklärung, das die „Humanité" am 30. Mai veröffentlicht, folgenden Satz nachzutragen:

„Im Augenblick, in dem die Kommunisten unseren Truppen in den Straßen von Gelsenkirchen Ovationen darbringen, werden sie aus Regierungssolidarität mit Herrn Cuno, die französischen Soldaten auffordern, daß sie sich in den Dienst der Ruhrkapitalisten stellen, die bereits diese Mitwirkung gegen die Arbeiter verlangen? Sie übernehmen in dieser Stunde eine gefährliche Verantwortung."

„Unseren Truppen" werden von unseren deutschen Genossen stürmische Ovationen dargebracht. Und was tut ihr? Ihr verbündet euch mit den Feinden der deutschen Kommunisten, die für unsere gerechte Sache sind. Nieder mit der „nationalen Schmach! Nieder mit den Landesverrätern. Es lebe Frankreich und seine siegreiche Armee! Es lebe die deutsche KP. — Es lebe die III. Internationale!"

### Festessen in Moskau

**Moskau, 2. Juni. (WTB.) Zu Ehren des zum Besuch des deutschen Botschafters in Moskau anwesenden deutschen Gesandten in Riga, Reichsminister a. D. Köster, fand gestern beim Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin ein Essen statt, an dem außer den leitenden Persönlichkeiten des russischen Außenkommissariats und des Kommissariats für Außenhandel Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau mit sämtlichen Mitgliedern der Botschaft teilnahm.**

**Vielleicht sind jene griesgrämigen Pessimisten nun bald von der unverlüstlichen Diktatur des Proletariats überzeugt.**

## Aus der Partei

### Chemnitz

**In Chemnitz fand am 26. 5. eine öffentliche Versammlung von uns statt.**

**Da auf der Tagesordnung: Arbeiterregierung und Hundertschaften stand, war die KPD. mit ihren Hundertschaften erschienen.**

**Die Referentin gab zunächst eine kurze wirtschaftliche Analyse, beleuchtete den Ruhrkonflikt und deren Ursachen und wies damit nach (nämlich die Richtigkeit unseres Programms) die Notwendigkeit des Kapitals, daß es keine „Gesundung" und Wiederaufbau des Kapitals gibt. In dieser Richtung zerpflückte sie alle die reformistischen Parolen der KPD., die in ihrer Auswirkung das kapitalistische System stützen und damit das Elend des Proletariats verewigen.**

**In der Diskussion sprach dann ein KPD.-Redner, der mit einer fertigen Rede zur Versammlung kam, und sich alle Mühe gab, die Referat zu umnebeln, um seine Werte unterzubringen. Zum Beispiel antwortete er auf das Zitat der Rote Fahne wo Trotzki aussprich: Das Rußland kein Interesse hätte, daß die Revolution in einem erschöpften und verblutenden Europa ausbrechen. Daß wir nichts im Westen zu warten wo Trotzki aussprich: Auch die Entschlußlosigkeit Lenins wie ungeschicklich falsch auf. Die Arbeiterregierung wolle durch ihr Angebot nur den Kapitalismus stützen. Er fragte, ob wir Kommunisten nicht eine Arbeiterregierung wollen, wir lehnten die Lobeshymne auf Sowjetrußland ab. Ein Diskussionsredner von uns wollte uns einige Tatsachen und Wahrheiten an, wie sich z. B. ein Herr Brandler September 1923 benommen hätte. Nun antwortete ein Genosse aus Hamburg nach Beweisen. Die Hundertschaften traten in Tätigkeit, indem sie versuchten, unseren Redner von der Bühne zu holen — aber es blieb bei den drohenden Fäusten, denn ihre eigenen KPD.-Genossen legten schärfsten Protest gegen dieses Verhalten ab und sorgten schließlich wieder für Ruhe. — Dann sprach wieder ein KPD.-Redner, daß die „Arbeiter" in Sachsen schon allein ihren Kram machen, und viel besser wie die in Preußen, dem Frankreich und England und die ganze Welt ihre jetzt auf Sachsen. Erst das letzteres Diktaturbewußtsein kannte, man ernst nehmen, der versuchte sich sachlich mit uns auseinander zu setzen.**

**Im Schlußwort zeigte die Referentin zunächst den Unterschied der einzelnen Organisation (die man in der Diskussion ihn Gegenteil: Ein Handbuch ist, wer vor einem Wagen voll Brot wie Hunger umfällt. Die Frage des Schicksals der Arbeiterklasse ist jedoch nicht diese Frage. Der Weg wird nur abgekürzt werden durch das bewußte Eingreifen des gesamten klassenbewußten Proletariats. Wer Verständnis für Proletariat seine Aufgaben zu erkennen vermag und als Klasse das große Werk geistig und begrifflich erfaßt, und in Konsequenz dessen auch die organisatorischen Konsequenzen trifft, wird der Sieg auf seiner Seite sein.**

## Oeffentliche Versammlungen

**Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr:**
**Nowawes:** Turnhalle, Augustsstraße 47.
**Reinickendorf-West:** Hartmanns Brauerei, Scharnweberstraße 101-104.

**Freitag, den 8. Juni, abends 7 Uhr:**
**Potsdam:** Gewerkschaftshaus, Kaiser - Wilhelm - Straße 38.

**Thema in allen Versammlungen:**
**Die Wirtschaftskatastrophe, die parlament. Parteien und die Arbeiterklasse.**

**Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet in Freiterwalde a. O. im Gewerkschaftshaus, Kanalweg 3, eine öffentliche Volksversammlung statt.**

**Thema: Arbeiterregierung, Hundertschaften und das revolutionäre Proletariat.**

**Proletarier erscheint in Massen!**

### Der Bericht der Zellenleitung im Bauarbeiter-Verband

Am 28. Mai fand in Chemnitz eine Arbeitslosen-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wirtschaftsbeihilfe; 2. Die Vorgänge im Bauarbeiter-Verband.

Zum ersten Punkt erstattete der Erwerbslosenrat Bericht über den Kampf der Wirtschaftsbeihilfe zu Pfingsten. Der Herr Stadtrat Scheukner (der betonte, daß er mehr Gewerkschaftler sei, wie Stadtrat), bot ein drastisches Bild der bürgerlichen Versumpfung, denn ihm kamen die Gemeinheiten, die er in aller Ruhe den Arbeitslosen sagte, zur nicht zum Bewußtsein. Er sagte folgendes: Daß er erst 3000 Mark den Arbeitslosen zu Pfingsten angeboten wurde. — Er habe 5000 Mark geboten; dann habe er sich eine Liste der besonders Bedürftigen kommen lassen. — Da stellte sich noch heraus, daß nicht alle bezugsberechtigt waren. Der Arbeitslosenrat solle dafür Sorge tragen, daß der Kreis der Bezugsberechtigten nicht größer wird. Der Gewerkschaftsbonze sagte zum Schluß: Die Arbeitslosen sollten nicht in anderen Gemeinden erzählen, daß sie so hohe Unterstützung bekommen hätten, sonst wären ihre großen Bezugsgelder gefährdet.

Eine Genossin der Allgemeinen Arbeiter-Union beleuchtete dann treffend die Schamlosigkeit dieses Arbeiterverräters. Wieviel Bornierthheit und moralische Verlumpung gehört dazu, seinen arbeitslosen Genossen solche Gemeinheiten zuzumuten. Sie behandelte grundsätzlich das Arbeitslosen-Problem und zeigte den Arbeitslosen, daß die größten Feinde des Proletariats — die Gewerkschaftler sind. Die Arbeitslosen stimmten begeistert zu. Das Eis war gebrochen — die Autorität herabgesetzt — und nun kam Leben in die Versammlung. Einen zweiten Gewerkschaftsbonzen wollten sie nicht hören. — Und wer waren die Retter der Gewerkschaften? Die KPD. — Sie versuchte auch hier wieder, für die Konterrevolution eine Lanze zu brechen. — Es gelang nicht recht.

Als zweiter Punkt war auf der Tagesordnung: „Die Vorgänge im Bauarbeiter-Verband."

Der Erwerbslosenrat, ein Syndikalist, gab einen kurzen Bericht, daß es nicht erstaunlich, daß der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter kommen, Arbeit zu verschaffen, weil die Gewerkschaften Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitnehmern haben, und nun jetzt ihre eigenen früheren Kollegen sabotieren und dem Hungertod in die Arme treiben.

Der Ohmann vom ausgeschlossenen Bauarbeiter-Verband, Richter, gab nun einen vollen Ueberblick über die Gemeinheit der Gewerkschaften und brachte so belastendes Anklagematerial das aber gleichzeitig den vollen Bankrott ihrer Zellentaktik aufzeigte.

Er sagte, daß der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter schon seit acht Wochen im Kampf stehe. Die Gewerkschaften haben nun einen Pakt mit den Unternehmern abgeschlossen, daß ein Arbeitsloser, der nicht vereinbarte Karten und Stempel aufweisen kann, keine Arbeit erhält. Durch Hunger, Sabotage bekommen sie wieder ihre Schäflein in den Gewerkschaftsstall.

Der frühere Kommunist, Großhöhme, ist jetzt auf dem Nachweis (Ressort Bauarbeiter) angestellt. Dieser saubere Patron vermittelt keinen, der nicht von den Zentralgewerkschaften kommt. — Er nannte ihn einen ganz gemeinen Verräter — Auswirkung und Konsequenz der Zellentaktik — der Rahmen, in den sie sich selbst einspannen, führt zum Verrat an der Arbeiterklasse.

Ein Gewerkschaftsbonze Hempel, ging persönlich nach Burkersdorf zum Unternehmer, und vereinbarte, daß niemand Arbeit bekäme, wenn er nicht eine blaue Karte mit eigenhändiger Unterschrift Hempel hätte. Auf einem Bau wurden 12 Kollegen eingestellt. Die Gewerkschaftler setzten sich mit dem Unternehmer in Verbindung und die 12 Kollegen wurden wieder entlassen.

Wir regen uns über diese Schurken nicht mehr auf — denn sie sind auf Tod und Leben mit dem Kapitalismus verbunden. Sie stützen das morsche Gebäude des Kapitalismus — ohne Gewerkschaften könnte sich diese Republik nicht halten — warum sollen ihnen die Unternehmer nicht entgegenkommen? Warum sollen sich nicht zwei Gauner einigen? Und wem ist der Zuhälter der Gewerkschaften? Wer treibt die schon erwachenden Arbeiter wieder in die konterrevolutionären Gewerkschaften? Wer retjet die Gewerkschaften? Wer dämmt Empörung der hungernden Arbeiter? Wer hat bis jetzt den Zellenbau gestützt? Wer hat mehr Interesse für den Bankrott dieser Politik erbracht werden?

Unsere Aufgabe ist es, restlos die gewerkschaftliche Ideologie zu zertrümmern, um zum Diktatur des Proletariats, um zum Kommunismus zu kommen.

### Die Denunzianten

Gemeint sind jene bedauernswerten Elemente, die die kapitalistische Gesellschaft zum Tode verurteilt. Die nicht nur nicht das Notwendigste, sondern gar nichts mehr besitzen, ihr nackiges Hundedasein zu fristen, und in den sozialen Abgrund gestoßen werden, und entweder willenlos verenden, oder, ohne den Weg zum Klassenkampf zu finden, den Ausweg lediglich darin sehen, hier und da einen Brocken der ihnen vorenthaltenen Lebensbedürfnisse sich auf unanständige Weise anzueignen, um dann als „Verbrecher" unschädlich gemacht zu werden. Das revolutionäre Proletariat hat keine Veranlassung, über diese Opfer der kapitalistischen Ordnung die Nase zu rümpfen. Ihr Gegenteil: Ein Handbuch ist, wer vor einem Wagen voll Brot wie Hunger umfällt. Die Frage des Schicksals der Arbeiterklasse ist jedoch nicht diese Frage. Der Weg wird nur abgekürzt werden durch das bewußte Eingreifen des gesamten klassenbewußten Proletariats. Wer Verständnis für Proletariat seine Aufgaben zu erkennen vermag und als Klasse das große Werk geistig und begrifflich erfaßt, und in Konsequenz dessen auch die organisatorischen Konsequenzen trifft, wird der Sieg auf seiner Seite sein.

Auch bei uns waren — durch die Entwicklung bedingt — jene Elemente vorhanden, die sich in inhaltlosen Phrasendreschen erschöpften, und niemals Logik und Verantwortung gegenüber der proletarischen Revolution und den Aufgaben einer revolutionären Organisation begriffen. Die Partei und die Union hat sich jedoch von diesen Schlacken gereinigt, ohne daß sie damit einen Verlust zu beklagen hatte. Im Gegenteil: Sie bekam die Arme frei.

In letzter Zeit — bedingt durch den ungeheuren Sumpf — gewinnen jedoch diese Elemente teilweise Oberwasser. Ihre Stütze ist die Verzweiflung der Erwerbslosen, die von ihren Klassengenossen genau so im Stich gelassen werden, wie die Mehrzahl der jetzt Erwerbslosen so lange sie noch im Betrieb waren, keine Zeit und keine Mittel für revolutionäre Fragen und Aufgaben hatten. Diese Verzweiflung über ihr Schicksal bietet den Marotteuren der proletarischen Revolution jetzt die Grundlage, ihre konfusen Phraseologien und Verworrenheiten als „Klassenkampf" anzureißen und die Proletarier und Organisationen als feige zu beschimpfen, die mit derselben Selbstverständlichkeit und Energie und unter den schwierigsten Situationen ihre Klassenpflicht erfüllen, als jene degenerierten Elemente zu heulen anfingen wie die alten Weiber — und sich im Bett liegen und wie toll um sich schlugen, als die Erwerbslosen z. B. Herrn Fichtmann, der alle diese „revolutionären" Eigenschaften besitzt, herausholen wollten.

Die Partei und Union haben keine Veranlassung, dem Treiben dieser Elemente untätig zuzusehen, die in letzter Zeit mit ihrem Anhang unsere Versammlungen benutzen, um ihre Wut auszulassen, weil Partei und Union den Erwerbslosen eben nur durch die Revolution helfen können, und eine Politik ablehnen, die die Arbeiterklasse nicht nur nicht vorwärts bringt, sondern im Höchstfalle einzelnen Elementen Gelegenheit geben würden, im Trüben zu fischen. Daß diese Elemente vor den dünnsten Verleumdungen nicht zurückschrecken und frisch darauf los lügen, mag seine Ursache darin haben, daß selbst die kapitalistische Klassenjustiz Ausnahmen macht, wenn § 51 eine Erklärung für sonst unerklärliche Dinge gibt. Das revolutionäre Proletariat jedoch, das die größten Opfer für seine Sache bringt, muß rücksichtslos eingreifen, wenn es in seiner Arbeit gestört wird durch sich „Aktionsausschuß" der Erwerbslosen nennen, und deren Programm Verzweiflung und Hysterie ist. Unsere Mitglieder werden in dieser Beziehung in Zukunft auf dem Posten sein müssen.

## Mitteilungen

### Broschüren-Obleute

**Die Schlüsselzahl ist z. Zt. 4200. Die Broschüren-Obleute müssen verkaufte Bücher bis zum Freitag, den 8. Juni beim Verlag abrechnen. Vom Sonnabend, den 9. Juni ab wird die Grundzahl der Bücher mit der Schlüsselzahl 4200 multipliziert.**

**Verlag der KAPD.**

**4. Bezirk.** Nächste Gruppensitzung im Lokal von Beyer, Müllerstraße 126, am Freitag, den 8. Juni, abends 7 Uhr. Das Erscheinen aller Mitglieder der ersten, zweiten und dritten Gruppe ist unbedingt erforderlich. Die Gruppen-Leitung.

**Achtung! 13. Bezirk AAU.**

Die Obleuteversammlungen finden ab Donnerstag, den 7. Juni, nicht mehr Krumme Straße, sondern Kirchstraße 12 bei Bieberstein statt. 13. Bezirk.

### Aus der Jugendbewegung

**Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.**

**Gruppenleute und Betriebsobleute: Montag, den 11. Juni**

Am Ostbahnhof 17.

Tagesordnung: Kapitalistische Jugendausbeutung und Jugendschutz, die Rolle der Gewerkschaften und unser Kampf.

**Bildungsabend für Groß-Berlin.** Freitag, den 8. Juni in der Schule, Gipsstraße 23.

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

**Groß-Hamburg.**

**Nächste Versammlungen:**

**Bezirk Barmbeck:** An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wittkopp, Wohldorfer Str. 38: 19. Juni, 3. Juli.

**Bezirk Hammerbrook:** An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wendelhafe, Wendenstraße 72: 28. Juni.

**Literatur und Kaz. stets zu haben: Gustav Lanfeldt, Barmbeck, Käthnerort 54, I.**

**Altona.**

**Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP. und Allgem. Arbeiter-Union bei Behrens, Konradstr. 9.**

### Pressefonds

**Von Göhre, Groß-Salze 520; von Graf, Meißen 340 Mark.**


**Alle sozialistische, kommunistische und schöngeistige Literatur**

**besorgt und liefert Verlag der KAPD., Berlin NO., Landsberger Straße 6.**

**Wir kaufen antiquarische, vorläufig Bücher.**

**Bestellschein:**

Der Unterzeichnete bestellt ständig die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200.—

Durch die Post für die erste Juni-Hälfte 1400.—

Name: .....

Ort: ..... Straße: ..... Nr. .....

Quergeb.: ..... Hinterh.: ..... Vorderh.: .....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Kläre, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Druck: Buchdruckerei Schubert, Quedlinburg. — Druck: W. Moesch, Berlin O 34



4. Jahrg. Nr. 44 — Preis 300 Mk.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Streckenhandel, bei allen Postanstalten und direkt von Verlag der K.A.P.D., Berlin NO. 18, Landsberger-Strasse 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7. Nr. 49039.

Abonnementspreis für die erste Juni-Hälfte 1200 Mk. Einzel-Exemplare erste Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 1400 Mark. Nach dem übrigen Ausland 6000 Mark monatlich.


## Sachsen — ein Menetekel

**Leipzig, 6. Juni. (WTB.) Für heute nachmittag hatte das Gewerkschaftskartell Leipzig gemeinsam mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz einberufen. Bereits um vier Uhr hatten sich am Eingang der Grimmaischen Straße zum Augustusplatz unübersichtlich große Massen angesammelt, die dort die stationierten Polizeibeamten verprügelten und versuchten, sie zu entwaffnen. Dabei erlitten eine Anzahl Beamte Verletzungen. Es wurden Verstärkungen hinzugezogen, jedoch wurden die Beamten schließlich von der Menge bis an die Ritterstraße zurückgedrängt. Zu dieser Zeit langten die Demonstrationszüge auf dem Augustusplatz in völliger Ordnung an, und die Demonstration verlief ebenfalls in Ruhe und Ordnung, jedoch verzögerte sie sich etwas. Diese Gelegenheit wurde von wilden Rednern benutzt, um die Massen aufzuhetzen. Die Menge in der Grimmaischen Straße nahm eine immer bedrohlichere Haltung an und verlangte, daß die Polizei abziehen sollte. Weil die Gefahr bestand, daß die Polizeibeamten abgeschnitten und die Wache gestürmt würde, wurde nach Hinzuziehung weiterer Verstärkungen die Menge zurückgedrängt und der Augustusplatz geräumt. Aus den Kreisen der Demonstranten (!) fielen hierbei Schüsse. Darauf wurde auch von seiten der Polizei geschossen, zunächst blind, dann auch scharf. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten sind sechs Tote und 23 Verwundete (die Zahl der Verwundeten beträgt nach späteren Meldungen über das zu Bekitzende). Bei der Firma Dambacher und Herz wurde eine große Schaufensterscheibe zertrümmert. Plünderungen wurden durch die Polizei und den Ordnungsdienst verhindert. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst versuchte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl Ordner wurde von der Menge mißhandelt. Die Stimmung im Stadtinnern ist nach wie vor erregt. Im weiteren Verlauf der Polizeiaktion wurde auch eine berittene Abteilung eingesetzt. Das Vorgehen der Polizei ist von den Leitern des Gewerkschaftsverbandes dem Polizeipräsidenten gegenüber als in jeder Beziehung korrekt bezeichnet worden. Die Demonstranten wurden schließlich nach dem Hauptbahnhof zu abgedrängt. Von hier aus zogen sie in die Wintergartenstraße, wo ein Geschäft — nach den einen Angaben ein Waffen-, nach anderen ein Lebensmittelgeschäft — geplündert wurde.**

**In der inneren Stadt und auf dem Ring ist die Ruhe wieder hergestellt.**

Vor einiger Zeit erschien in der „Freiheit", dem Düsseldorfer Organ der KPD. ein Artikel: „Können Gewerkschaften faszistisch werden?" Man kann ohne weiteres hinzufügen: „Können die „Hundertschaften" nach dem Muster der KPD. faszistisch werden?" Und man braucht nur objektiv die obige Meldung des Stinnes-WTB. lesen, um zu erkennen: Sie sind bereits da angelangt: der geschichtliche Zwang rollt die Front auf, und von den untersten Tiefen reißen elementare Kräfte den Riß auf zwischen den dem Untergange geweihten Proletariern und den Hütern dieser Ordnung, deren Opfer sie werden sollen. Die Barrikaden schieben sich automatisch zwischen die kämpfenden Klassen. Und bei dem unerbittlichen Zwange sich zu entscheiden, kommt es weniger darauf an, ob rote Armbinden oder Sowjetsterne aufdringlich und marktschreierisch die wirkliche Rolle im Klassenkampf verdecken sollen. Die krachenden Salven, jenseits der Barrikaden, und der Kugeln, die sich in verzweifelte Proletarierleiber bohren sind ein deutliches und furchtbares Zeichen dafür, daß das Proletariat immer und immer wieder sein Blut verspritzen muß und, verspritzen wird, seine eigenen Klassengenossen morden muß, Werkzeug der Konterrevolution bleibt, so lange es die Schurkereien derer nicht durchschaut, denen die Leichen erschossener Arbeiter gerade gut genug sind, um an die Futterkrippen der schwarz-rot-goldenen Republik zu gelangen.

Eine Flut von Meldungen ist bereits von der deutschen Pressekanaille ausgeschüttet worden, um die Vorgänge zu erklären. Es ist selbstverständlich, daß von seiten derer, die dem Proletarier das „rote" Sachsen als die nächste schmerzlose Etappe in seinem Befreiungskampf anpreisen (und damit ihre Ministersessel meinen) die Faszisten angeklagt werden ob ihrer Provokation. Ebenso selbstverständlich ist, daß die Stinnesorgane den „roten" Schrecken zu die Wand malen, um von vornherein einen Freibrief zu erlangen, durch eine niederträchtige Hetze gegen die Erwerbslosen dieselben zu isolieren suchen, um sie ungestört um die Ecke bringen zu können. Und ebenso selbstverständlich ist das Geschrei über die „ungeschulten" Elemente, die nicht freiwillig zu Grunde gehen wollen. Die den ungeheuren Betrug durchschauen, und sich dagegen erheben. Die Wut über die „wilden" Redner ist nur zu leicht zu begreifen, die es fertig bringen, die Massen „aufzuhetzen", so daß sie die Zurückziehung der Polizei verlangten. Aber wozu hat man denn das Stichwort: „Provokateure", das auf die disziplinierten Massen wirken soll, wie ein rotes Tuch? Es scheint jedoch, daß die „undisziplinierten" Massen viel zahlreicher waren, als die „disziplinierten". Und die Herren Gewerkschaftsbonzen haben auch sehr wohl gewußt, was die Ursache der „Disziplinlosigkeit" ist. Nach dem Massaker wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Partei, die Erwerbslosenunterstützung zu verdoppeln, vom Stadtparlament einstimmig angenommen. Der Hunger macht letzten Endes auch vor den sowjetsternegeschmückten Ordnungshütern nicht Halt, die jetzt im „roten" Sachsen das Verdienst für sich buchen können, die „Ordnung" mit Hilfe der Polizei wiederhergestellt zu haben. Den Faszisten blieb gar nichts mehr zu tun übrig. Der Kampf gegen sie ist erfolgreich auf der ganzen Linie. Sie können abtreten, sie werden überflüssig durch die demokratische Polizei und die proletarischen Hundertschaften. Und so lange jene mit dem Proletariat allein fertig werden, ist ihre Hilfe nicht nötig. Sicher ist sie immer und auf alle Fälle.

In Sachsen ist eine Illusion, die schon ziemlich fest in den Köpfen mancher Proletarier saß, gründlich und grausam zerrissen worden. Der fortschreitende Zusammenbruch stellt nicht die Frage auf, welche Partei die Herrschaft im kapitalistischen Staat über das Proletariat ausüben soll, sondern die Frage: Kapitalismus oder Kommunismus, und Klassenkampf um die Herrschaft des Proletariats. Und diese Frage ist gestellt, überall und unerbittlich. Jeder Versuch, sie zu umgehen, bedeutet Selbstmord des Proletariats, bedeutet Untergang in der Barbarei, bedeutet, daß das Proletariat sich das eigene Grab gräbt.

Die Vorgänge in Sachsen bedeuten den offenen und blutigen Bankrott der „Einheitsfrontaktik" der famosen KPD., die mit ihrem Geschrei gegen den Faszismus das Proletariat abhalten will, von seiner wirklichen Aufgabe, weil sie als Partei den Kampf nicht will, und nicht wollen kann, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Statt unermüdlich dem Proletariat seine Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, muß sie, um überhaupt existieren zu können, eine Politik des Bluffs und der Putscherei treiben. Statt dem vom Untergang bedrohten Proletariat den einzigen Ausweg zu zeigen, es zum Kampf vorzutreiben, an die Klassensolidarität des Proletariats zu appellieren, die Krise auf die Spitze zu treiben, brüllte sie dauernd vom Faszismus, und treibt diejenigen, „deren Selbstbewußtsein sie durch ihre Massenverbildung schon glaubte ausgerottet zu haben, in die Arme der gewerkschaftlich-faszistischen Konterrevolution, und diejenigen, die der Hunger aufpeitscht und aus der „Einheitsfront" stößt, vor die Gewehre der eigenen Klassengenossen, auf daß die „Arbeiterregierung" nicht gefährdet und vor der Bourgeoisie nicht kompromittiert werde. Wir werden nie aufhören, den Verrat der menschewistischen Schakale aufzudecken, die mit ihrem Geschrei über die „Provokateure" ihr eigenes schlechtes Gewissen beruhigen, revolutionäre Proletarier ans Messer der Justiz liefern, oder sie vor den Massen denunzieren wollen. Wir werden alle Kräfte anstrengen, um die wirklichen Provokateure und deren Helfershelfer zu entlarven und unschädlich zu machen; dem Proletariat die Augen zu öffnen. Wir antworten mit den eigenen Worten der — einmal — revolutionären III. Internationale aus dem Manifest ihres II. Kongresses:

„Regierungs- und Halbregierungssozialisten der verschiedenen Länder haben viele Gründe, die Kommunisten zu beschuldigen, daß diese durch ihre unversöhnliche Taktik das Auftreten der Konterrevolution hervorrufen, daß sie dadurch helfen, ihre Reihen fester zu schließen. Diese politische Beschuldigung ist nichts anderes, als eine verspätete Parodie auf die Klagen des Liberalismus. Namentlich der letztere behauptete, daß der selbständige Kampf der Besitzenden in das Lager der Reaktion treibt. Das ist unzweifelhaft richtig. Wenn die Arbeiterklasse nicht Eigentümer in den Grundlagen ihrer Herrschaft verwerfen, brauchte die Bourgeoisie keine Repressalien. Der Begriff Konterrevolution würde nicht existieren, wenn die Geschichte nicht die Revolution kennen würde. Wenn die Erhebungen des Proletariats unvermeidlich den Zusammenschluß der Bourgeoisie zum Selbstschutz und Gegenangriff auch sich ziehen, so beweist diese Tatsache nur, daß die Revolution der Kampf zweier unversöhnlicher Klassen ist, der nur mit dem endgültigen Siege einer von beiden enden kann."

## Die Auflösung Deutschlands

(Schluß.)

Das deutsche Kapital hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung und Unversehrtheit Deutschlands. Zu Anfang der Ruhraktion wurde die These gepredigt, die Möglichkeit eines Erfolges des deutschen Kapitals in der Ruhraktion hängt davon ab, daß die Mark im Laufe der Ruhraktion nicht weiter verschlechtert wird. Deshalb ist die Stützungsaktion weit über den Rahmen hinaus gehalten worden, in dem sie wirtschaftlich berechtigt war. Jedoch die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft durch die enorme Papiergeldinflation bedingte schon ein Fallenlassen des starren Systems der Stützungsaktion nach einer gewissen Konjunkturpause. Dieses Nachgehen in der Stützungsaktion hätte sehr gut bei einem Dollarstande von 35 000 bis 40 000 halt machen können. Denn hierbei wäre schon eine Möglichkeit zu neuem Absatz gegeben. Man hat dies aber nicht getan, trotzdem die Möglichkeit rationeller Ausnutzung der Konjunktur bestand; das Kapital hat diese Selbstdisziplin nicht mehr aufgebracht. Die Reichsbank hat dem Ansturm des Kapitals nicht Stand halten können, als am 13. 4. die Stützungsaktion zerbrach, besonders dadurch, daß die von Stinnes geführte großindustrielle Gruppe durch ihren aufgehäuften Devisenbestand die Stützungsaktion zunichte machte. Dieser selbe Stinnes, der sich in Oberschlesien in starkem Maße ankaufte und sich zum Herren der oberschlesischen Industrie machen wollte, um nach dem Zusammenbruch des deutschen „passiven Widerstandes" auch im unbesetzten Gebiet seine Position zu sichern.

Von Bedeutung für die Sabotage der Schwerindustrie ist ferner, daß heute schon verschiedene von den Zechen im besetzten Gebiete mit der französischen Industrie Verträge abgeschlossen haben und eine weitere Kohlenförderung stattfindet, so daß die Möglichkeit weiterer Versorgung Frankreichs mit Kohlen besteht, also dessen Stellung gegenüber dem deutschen Widerstande gestärkt wird. Endlich kommt noch hinzu, daß im französischen Comité de forges ein Umschwung eingetreten ist, indem an Stelle der bisher vorherrschenden mittel- und ostfranzösischen Schwerindustrie, vertreten durch die bekannte Firma Schneider-Creuzot die der Wendelgruppe beigetreten ist, die ihren Hauptsitz in Lothringen hat, also auf Ruhrkohle angewiesen ist, und deren Interessen daher am stärksten mit denen des deutschen Kapitals verbunden sind. Diese Gruppe hat schon immer Verständigungen befürwortet und es steht auch jetzt fest, daß eine Verständigung mit dem französischen Hüttenkomitee von Stinnes aus betrieben wird. Der „Vorwärts" tritt sogar für diese Verständigung ein, wohl mehr, weil er annimmt, daß die antinationale Haltung des deutschen schwerindustriellen Kapitals nicht so stark nach außen in Erscheinung treten würde. Dieses schwerindustrielle Kapital wird auch nicht offen antideutsche Politik treiben, sondern durch seine Sabotage dem französischen Kapital Gelegenheit geben, immer tiefer in das Ruhrgebiet hinein zu gelangen. Die französische Note, die die Antwort auf das deutsche Angebot gibt, enthält die kategorische Bemerkung, daß die Räumung von Rheinland-Westfalen nur Zug um Zug, je nach der deutschen Erfüllung erfolgen würde. Da Gelegenheiten genug da sind, um Verfehlungen festzustellen, kann Frankreich auf diese Weise immer tiefer in das deutsche Gebiet eindringen, und immer stärkere Druckmöglichkeiten für eine Verständigung und Abtrennung ausüben. Gegen die vereinte Macht des französischen und deutschen Kapitals kann schließlich auch der stärkste Widerstand des deutschen Proletariats nichts ausrichten, da es eine Utopie ist, gegen diese Entwicklungstendenzen, die im Laufe der kapitalistischen Entwicklung liegen, anzukämpfen. Das treibende Moment für das französische Kapital, auf dieser Linie vorwärts zu gehen, ist eben seine eigene kapitalistische Lage, die zu einer Entscheidung drängt. Es kann nicht auf die Dauer halb Europa mit Krediten aushalten, wie es das jetzt mit Polen, Jugoslavien, Rumänien und sogar der Türkei getan hat. Es muß eine Basis für alle diese imperialistischen Ziele schaffen und das ist eben die Vereinigung des deutschen und französischen Industriekapitals. Dies ganz allein würde die französische Politik tragfähig machen, und ganz allein die Möglichkeit einer weiteren kapitalistischen Entwicklung geben. Wenn dieser Zerfall in West- und Osteuropa weiter vor sich geht, so würden immer weitere Staaten in den Bann gezogen werden, man kann fest sagen, das ist ein Moment innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die nach